

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 19. März 1898.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Inhalt: Wirtschaftliche Verhältnisse vor 50 Jahren. Die badische Fabrikinspektion 1897. - Feuilleton: Der Bernstein im Aberglauben der Völker. - Unfallversicherung der Arbeiter in Dänemark. - Aus Oesterreich. - Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. - Korrespondenzen. - Wg. Kr. u. St.-K. d. M.: Abrechnung der Hauptkasse pro Februar 1898. Korrespondenzen: Kassel, Siegen, Weissenburg a. S. - An die Verwaltungsstellen in Brandenburg und Pommern. - Aufruf zur Konferenz der Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und angrenzender Bezirke. - Technisches. - Vermischtes.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach Landhammer, nach Kottok (A. Spierling) Str., nach Staßfurt (Firma Sauerbrey) M., nach Torgelow Str., nach Wolfenbüttel (Brandes) M. von Feilenhäufern nach Brandenburg L., nach Biel L., nach Leipzig L. von Klempnern nach Gabeln (Riemann), nach Flensburg (Müller'sche Blechwaarenfabrik) D., nach Leipzig L., nach München (Frank) D., nach Wiesbaden L. von Roth- und Glockengießern nach Nürnberg D. von Schlossern und Maschinenbauern nach Crimmitschau (Maschinenfabrik A.-G.) St., nach Dresden (öftr. Nordwestgesellschaft Schiffswerft vorm. Schlich), nach Gießen (A.-G. vorm. Th. Blöcher) M., nach Wiesbaden L. von Würtlern nach Offenbach a. M. (A. Sander) M. von Schleifern nach Bielefeld (Hengstenberg A.-G.). von Fahrradarbeitern nach Bielefeld (Lepper u. Osterwald) St., nach München (Freyha) D., nach Schöneberg (Goyer & Glahn) M. von Bauhülfern nach Bamberg (Kunst- u. Bauhülfferei A. Bosh).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streit in Ausmaß; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Urford-Reduktion.)

Wirtschaftliche Verhältnisse vor 50 Jahren.

Fünzig Jahre sind verflossen seit dem „tolten Jahre“ 1848, da sich die Völker Europa's erhoben, den Absolutismus in Trümmer schlugen, Throne erschütterten und zerstückelten und der Reaktion eines brutalen Regiments ein Ende bereiteten. Es mögen damals noch so viele Fehler auf Seite des Volkes gemacht worden sein, das Jahr 1848 bedeutet dennoch den Beginn eines neuen Abschnittes der politischen Geschichte der Völker und es ist der Ausgangspunkt für unsere heutigen politischen Verhältnisse geworden.

Indes gedenken wir nicht, an diesem Orte die politische Seite und Bedeutung der revolutionären Bewegung der vierziger Jahre zu behandeln, das ist Sache der politischen Presse, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse damaliger Zeit kurz zu schildern.

Die industrielle Entwicklung war zu Ende der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts im Verhältnis zu dem heutigen Stande der Dinge noch nicht stark fortgeschritten, aber auch nicht im Verhältnis zur gesammten Produktion der damaligen Zeit. Die Maschine beschränkte sich in der Hauptsache auf die Textilindustrie, die durch die Spinnmaschine und den mechanischen Webstuhl revolutionirt worden war und die zum größten Theile England lieferte. Aber 1849 waren in Deutschland noch 84 286 Handspinner beschäftigt, deren Zahl in den folgenden Jahren allerdings rapid sank und 1861 nur noch 14 557 betrug, um später völlig zu verschwinden. Handweber gab es noch 1840 in Preußen 192 000. Im Jahre 1846 zählte man in Preußen noch 457 365 selbstständige Gewerbetreibende und 384 733 Gesellen und Lehrlinge, dagegen nur 78 739 Fabrikketriebe mit 551 244 beschäftigten Personen. Das kleine Handwerk war demnach noch in großer Stärke vertreten, während andererseits die Fabrikketriebe im Verhältnis zu den gegenwärtigen klein waren und wenig Arbeiter beschäftigten, aber auch noch

wenig Dampfkraft anwendeten. Zählte man doch im Jahre 1840 erst 634 Dampfmaschinen mit 12 278 Pferdekraften, während es 1879 35 387 Dampfmaschinen mit 934 884 Pferdekraften und 1897 81 060 resp. 2 881 792 gab. Von 1840 bis 1879, also in 39 Jahren, vermehrten sich die Dampfmaschinen in Preußen um fast das 60fache und die Pferdekraften um das 80fache; von 1879 bis 1897 trat eine Vermehrung ein um mehr als das Doppelte resp. beinahe das Dreifache. 1840 besaß eine Dampfmaschine in Preußen durchschnittlich 19 1/3, 1879 26 1/2 und 1897 35 1/2 Pferdekraften, in letzterem Jahre also fast doppelt so viel wie 1840, was erkennen läßt, daß heute viel größere Dampfmaschinen gebaut werden, als damals. An Eisenbahnen besaß Preußen 1844 erst 816 Kilometer, 1850 2845 Kilometer usw. Also auch im Transportwesen war damals erst der Anfang zum Neuen gemacht. Die Kohlenproduktion Deutschlands betrug 1848 4,4 Millionen Tonnen, 1888 aber schon 65,4 Millionen Tonnen und heute natürlich noch viel mehr.

Die Arbeitsverhältnisse damaliger Zeit waren ganz miserabel, denen gegenüber der heutige Zustand freilich einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Die Kinderarbeit war namentlich in der Textilindustrie sehr ausgebreitet und da dieselbe fast durchwegs ununterbrochenen Betrieb hatte, mußten die Kinder auch Nachtschichten machen. „In allen Zweigen der Textilindustrie“, sagt Mehring in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, „dann aber auch in Kabel-, Bronzen-, Schnallen-, Panzer-, Tapeten-, Papier-, Porzellan- und anderen Fabriken wurden viele Tausende von Kindern im zartesten Alter, schon vom 4. Lebensjahre an, massenhaft abgerackert und nach unmäßiger 10-, 12-, selbst 14stündiger Arbeitszeit gegen einen Tagelohn von ein paar Groschen, wie es in einem Berichte heißt, einer kurzen Erholung an Brantwein, Tabak, Unzucht und Spiel zugehuldert. In anderen Berichten wurde ausgeführt: „Bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, geschwollene Leiber, aufgedunsene Backen, aufgeschwollene Lippen und Nasenrücken, Drüsenanschwellungen am Halse, böse Hautausschläge und asthmatische Zufälle untercheiden diese unglücklichen Geschöpfe in gesundheitlicher Beziehung von anderen Kindern derselben Volksklasse, welche nicht in Fabriken arbeiten. Nicht weniger vernachlässigt ist ihre sittliche und geistige Bildung. - Sogar in Gegenden, die industriell noch so wenig entwickelt waren, wie die Provinz-a Brandenburg und Sachsen, herrschten schon die traurigsten Zustände. Der Magistrat von Luckenwalde erklärte, die in den Tuchmanufakturen der Stadt beschäftigten Kinder wachsen in sittlichem Verderben auf und in Nagelschmieden des Merseburger Bezirks wurden Kinder vor 4 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends zu der schweren Arbeit des Blasbalgziehens verwandt.“ Der Tageslohn der Kinder belief sich für die Kleineren auf noch nicht 20, für die größeren auf 30 J., während die erwachsenen Arbeiter für die gleiche Arbeit 1 M. (nach heutiger Währung) erhielten. Die in der Fabrik anzubereitenden Kinder wurden in einer Fabriksschule unterrichtet und ein rheinischer Fabrikant hierfür noch durch eine königliche Kabinetsordre öffentlich belobt. Die so gepriesene Fabriksschule besaß darin, daß die Tageskinder 1, die Nachtkinder 2 Stunden lang unterrichtet wurden. „Wenn sich die Solinger Schleifer 1826 gegen ein entsetzliches Truchhäm, die Krefelder Seiden Spinner 1828 gegen einen unerträglichen Lohnbruch tumultuarisch erhoben“, sagt Mehring, „so fielen gleichzeitig in dumpfen Schweigen Gefolgten von Arbeiterkindern der Maschine zum Opfer.“ Erst im Jahre 1839 wurden einige Beschränkungen der Kinderarbeit von der preussischen Regierung aufgestellt, aber kein Organ zu deren Ueberwachung bestellt, so daß der Kinderchuck auf dem Papier blieb. Gegen das Truchhäm wurde erst nach 1848 ein Ver-

bot erlassen und auch einigermaßen durchgeführt; bis dahin hatte die preussische Regierung den Klagen der Arbeiter, den wiederholten Beschwerden des rheinischen und westfälischen Provinziallandtages, ja der leidenschaftlichen Agitation einiger ehrenwerthen Fabrikanten „ernste Bedenken und erhebliche Zweifel“ daran entgegengesetzt, ob der nichtswürdige, an blutarmen und wehrlosen Proletariern begangene Wucher verboten werden dürfe. „Um so bereitwilliger war sie, mit den Waffen des herrlichen Kriegsheeres jede unruhige Bewegung der mißhandelten Arbeiterklasse niederzuschmettern.“

Die Arbeitsverhältnisse in Preußen und nach ihm wohl in ganz Deutschland waren also in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts sehr schlimme. Arbeitslosigkeit und Elend, lange Arbeitszeit, schlechte Arbeitslöhne und Noth, das waren die Hauptzüge jener Zeit. In den vierziger Jahren erreichte aber die Noth ihren Höhepunkt, insbesondere in der Textilindustrie und in jenen Gegenden, wo sie hauptsächlich betrieben wurde, aber auch in allen anderen Gewerben und Industrien des Landes, wie denn auch das Jahr 1848 überall, in Paris, Berlin, Wien und zahlreichen anderen Städten der betreffenden Länder massenhafte Arbeitslose antraf, welche die Barrikaden bauten und die Straßenkämpfe führten, bei denen sie nichts zu verlieren hatten als ein freudeloses, elendes Leben, aber etwas Besseres als Gewinn, als Siegespreis erhofften. Tausende, sagt Schmoller, sind damals dem Hungerstypus erlegen. Ein Industrieller aus Bielefeld erklärte bei den Beratungen der Handelskammer im Jahre 1845: „Bei dem gegenwärtigen Zustande kann es unmöglich bleiben. Etwa 2/3 der Spinner, deren Zahl man auf über 100 000 veranschlagt, arbeiteten in den letzten Jahren ganz umsonst.“ - „Ein guter Feinspinner verdient jetzt nur im Tage 2 Silbergroschen und ein Spinner für Garn zweiter Qualität nur 7 J. Die Lage der Weber ist etwas besser als die der Spinner, aber dennoch höchst übel.“

Im Ravensberg'schen Bezirke betrug der Verdienst eines Spinners erster Klasse nach Abzug aller Unkosten für Werg usw. 27 J. (inklusive Sonntag) pro Tag. Bei einer Familie, wo 3 bis 4 Personen ein gutes Garn lieferten, würde der Tagelohn auf diese Weise 73 bis 100 J. ausmachen. Die zweite Klasse von Spinnern, über die Hälfte derselben, verdiente 17 J. Spinnlohn pro Tag (inkl. Sonntag). Der Spinner, der f. B. diese Angaben machte, bemerkte dazu: „Angenommen, wie bei der ersten Klasse, in einer Familie sind 3 bis 4 Personen, die diesen Tagelohn erzielen, so würden auch diese noch ihren Unterhalt auf die Weise gut gewinnen können, allein dies kann nicht im Allgemeinen angenommen werden und es sind viele Spinner, die sich mit ihren Kindern mit 30, ja mit 22 J. ernähren müssen.“ Von der letzten Klasse der Spinner, von den völlig Armen, wurde überhaupt ganz abgesehen.

In Schlesien lebten die Weber und die ländlichen Arbeiter in tiefster Noth, was freilich auch heute noch zu sagen ist. In einem amtlichen Berichte, welcher den „Uebertreibungen der Presse“ entgegentreten sollte, wurde über die Lage der Eigenkätner, Einlieger, der Händler und Heuerlinge zc. gesagt: „Diese Klasse lebt im größten Elend; die Lage dieser Arbeiter ist jedenfalls die unsicherste; sie stehen meistens auf einer sehr niedrigen Stufe der geistigen und sittlichen Kultur; größtentheils erreicht diese Klasse von Menschen kein hohes Alter, woran natürlich die schlechte Lebensweise, übermäßige Arbeit und Nahrungskummer schuld ist.“ In anderen Berichten wurde gemeldet, daß Frost und Hunger die Bewohner ganzer Kirchspiele hinstückelten. Das ländliche Proletariat hauste in Koth, die Höhlen für Thiere ähnlicher sahen als Wohnungen für Menschen; seine Nahrung bestand gewöhnlich aus Kartoffeln, Salz und Schnaps. Jedes Wirthshaus der Kartoffelernte rief

den Hungertyphus und andere Bürger hervor. Nach dreimaligem Mißrathen der Kartoffelernte brachen über Oberösterreich entsetzliche Katastrophen herein; in den Kreisen Bleib, Rybnik und Ratibor waren 4000 hilflose Waisenkinder zu versorgen; im Kreise Bleib starben 1847 allein 6800 Menschen, fast drei Mal mehr als sonst in Jahresfrist und darunter — so fügt ein Hofhistoriker dieser statistischen Notiz trocken hinzu — wohl 900 an Hunger.

Die Zahl der nothleidenden Weber, Spinner, Spuler, Bleicher etc. wurde um die Mitte der 40er Jahre auf 120 000 angegeben, in welcher Zahl die Kinder derselben nicht inbegriffen sind. Die schlesischen Weber erhielten für eine 9tägige Arbeitsleistung einen Lohn von 8,20. Die höchste Jahreseinnahme eines schlesischen Webers, der unter eigenem Dache hauste und ein paar Morgen Land besaß, belief sich bei erschöpfender Arbeit von Mann, Weib und Kindern auf höchstens 180 M. Davon ging nahezu der dritte Theil an feudalen und fiskalischen Lasten ab, an Grund- und Weberzins, Jagd- und Spinnzins, Gemeinbeiträge und Schulgeld, Grund- und Klassensteuer; mit einem täglichen Verdienst von etwa 40 S mußten die Ausgaben für Brod, Kartoffeln, Salz, Holz, Licht, Stärke, Seife, Kleidung, Hausreparaturen und wer weiß was sonst noch bestritten werden. Und das waren die Kräfte unter den schlesischen Webern! Ihre Klagen wurden von den Fabrikanten mit Hohn und Spott oder auch mit gänzlicher Entlassung beantwortet. Der verhaßteste Fabrikant Zwanziger in Petersthal, der für 160 Ellen Darchent, wozu die angestrengteste Arbeit von 8 Tagen nöthig war, 1,20 bis 1,25 M Lohn zahlte und diesen dann noch auf 1 M reduzirte, erwiderte den armen Webern auf ihre Klagen: sie würden noch für eine Quarzschmelze arbeiten müssen oder auch: Die Weber müßten nur, wenn sie nichts Anderes hätten, Gras fressen, das sei heuer reichlich gewachsen.

Aus diesen Verhältnissen heraus entstand das bekannte Webergedicht, in dem es u. A. heißt:

Die Herren Zwanziger die Genter sind,  
Die Diener ihre Schergen,  
Davon ein Jeder tapfer schind't,  
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all, Ihr Satansbrut!  
Ihr höllischen Ruzone!  
Ihr fräßt der Armen Hab und Gut,  
Und Fluch wird Euch zum Lohn!

Als das Maß voll war, erhoben sich die so unmenschenlich geschundenen und gequälten Weber und nahmen Rache für all' das Unrecht, für all' den Jammer, der ihnen ihr Leben lang von verthierten Ausbeutern angethan worden. Dann kam endlich auch die Staatsmacht, die sich um all' das Elend der schlesischen Weber nichts gekümmert hatte, unterbrückte durch Militär auf blutige Weise den Aufstand und warf 83 der armen Unglücklichen und Verzweifelten ins Gefängniß.

In den Städten, wo sich die große Industrie anzubegann, folgte ihr die Massennoth mit ihren greulichen Begleitererscheinungen auf dem Fuße. Die

Dampfmaschinen in den Berliner Fabriken vermehrten sich von 1840 bis 1849 von 29 mit 392 Pferdekraften auf 193 mit 1265 Pferdekraften; in derselben Zeit stieg aber die Zahl der Prostituirten auf 10 000, der Verbrecher auf 12 000, der nicht polizeilich gemeldeten Heruntreiber auf 12 000, der Almosenempfänger auf 6000, der Zucht- und Arbeitshäusler auf 3000. Dagegen berechnete man die Zahl der leistungsfähigen Bürger auf nur 20 000. Das Handwerk wurde ein Spielball zwischen den Maschinen der Industrie und den Magazinen des Handels. Von den 4000 selbstständigen Schneidern in Berlin hatten  $\frac{2}{3}$  keine hinreichende Beschäftigung, dagegen gab es 206 Kleiderhändler, welche die unbeschäftigten Meister zu spottwohlfeilen Preisen ausbeuteten. Ähnlich stand es um die 3000 selbstständigen Schuhmacher und 2000 selbstständigen Tischlermeister.

Die Arbeiter der großen Industrien litten unter den drückendsten Uebelständen. Fabrikordnungen unterjochten sie nicht bloß mit despotischer Gewalt, sondern stellten mit pöblich gelegten Fallen auch noch den letzten Groschen ihrer fargen Löhne nach. Das Trudhstern blühte in sehr vielen Fabrikdistrikten; in Solingen führten im Jahre 1845 von 68 Fabrikanten 42 zugleich einen Laden und 8 zugleich eine Schankstube, die Uebrigen gaben zum Theil Anweisungen auf befreundete Läden. Es wurde gerichtlich festgestellt, daß den Arbeitern oft in mehreren Jahren kein Pfennig Lohn in Geld gezahlt worden war, sondern nur Waaren erhalten hatten. Daneben bestand überall Wohnungsnoth.

So waren die wirtschaftlichen wie die politischen Verhältnisse sehr gespannt, es war ein Explosionsstoff aufgehäuft, der jeden Augenblick sich entladen konnte. Der am 24. Februar 1848 in Paris erfolgte Sturz Louis Philipp's und die Proklamation der Republik, der Aufstand der Wiener am 13. März brachte auch in Berlin den Krach, der vorher schon in München mit der Verjagung der königlichen Maitresse, der Lola Montez, eingetreten war. Endlich schien für das gedrückte Volk ein lichter Morgen anzubrechen.

### Die badiſche Fabrikinspektion 1897.

Zu gleicher Zeit ist diesmal mit dem Jahresberichte der badiſchen Fabrikinspektion auch derjenige der bayerischen erschienen, die damit einen sehr eblen Wett-eifer bekundet, mit an der Spitze der deutschen Fabrikinspektion zu marschiren. Leider kann man das Gleiche nicht auch von den sächsischen und preußischen Aufsichtsbearbeitern sagen, welche meiner, auch in 3—4 Monaten mit ihren Berichten noch früh genug zu kommen.

Der badiſche Bericht ist wieder recht gehalten und steht in sozialpolitischer Beziehung durchaus auf der Höhe seiner Vorgänger. Leider hat im Berichtsjahre keine weitere Vermehrung des Aufsichtspersonals stattgefunden, trotzdem das Verhältniß, in welchem die Zahl der Revisionen zur Zahl der revidirten Betrieben steht, eine solche Vermehrung als ein dringendes Bedürfniß erscheinen läßt. Im Jahre 1896 war ein Beamter ohne akademische Bildung angestellt worden, dem der vorliegende Bericht ein gutes Zeugniß ausstellt. Es konnten durch diese Vermehrung

Münze auf; allerdings glaubt Moldenhauer die Behauptung aufstellen zu dürfen, daß es sich in diesem Falle nicht um Bernstein, sondern um Kopal-Parz handelt.

Ueber die Entstehung des Bernsteins treffen wir im Alterthum zunächst die Ansicht an, daß er sich aus den Absonderungen von Thieren — besonders des Luchses und des Elefanten — zusammensetze. Dann aber hielt man den Bernstein für den erstarrten Schaum des Balsfisches, für ein wachsartiges Erzeugniß der Ameisen, für verdichteten Sonnen-Nether, für mineralischen Honig wilder Bienen oder aber für krystallisiertes Bogelweiß. Da auch früher der räthselhafte Körper als Bernstein bezeichnet wurde, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn er als Felsenöl betrachtet wurde, das den Quellen des Meeresgrundes entströmt und im Salzwasser verdirbt und erhärtet sei.

Die kuriosste Ansicht über die Entstehung des Bernsteins stellte wohl der Königsberger Professor und Konfistorialrath Dr. Joh. Gottfr. Hoffe auf, indem er (nach Moldenhauer) behauptete, daß unter dem biblischen Eden gleich allen anderen ähulichen „Gegenden der Glückseligkeit“ in den Mythen der alten Kulturvölker die wie keine andere an Bernstein reiche Landschaft Preußens verstanden werden müsse, woraus er weiter in phantastischer Weise schloß, daß der Bernstein selbst als ein Erzeugniß der Bäume des Paradieses angesehen werden dürfe.

Diese verschiedenen Ansichten über die Entstehung erhielten erhöhte Bedeutung, als man die Eindrücke, die Einschlüsse, die Bläschen und Erhebungen, welche

ung des Beamtenpersonals nicht nur in zahlreichen kleinen Betrieben die Einrichtungen für die Sicherheit der Arbeiter verbessert, sondern es konnten die anderen Beamten auch hinsichtlich solcher Anlagen entlastet werden, bei deren Bestimmung im besonderen Falle es sich nur um eine polizeiliche Kontrolle handelt.

Eine weitere Steigerung hat der schriftliche Verkehr mit den Behörden, besonders mit den Bezirksämtern erfahren und dadurch die Zeit der Aufsichtsbeamten sehr stark in Anspruch genommen. Zum Theil lag dies an der, nach dem Berichte wohl nur vorübergehenden ganz außerordentlichen Zunahme von Gesuchen um Errichtung und Veränderung gewerblicher Anlagen, deren 578 gegen 469 im Jahre 1896 zu behandeln waren; sodann aber auch daran, daß der Vollzug der immer mehr ins Einzelne gehenden Vorschriften über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, sowie der Normen, die sich hierüber bei der Fabrikinspektion selbst ausgebildet haben und einzelner Arbeiterschutzvorschriften, z. B. über die Sonntagsruhe u. A. mehr und mehr ein Eingehen in den technischen Zusammenhang des Betriebes mit diesen Vorschriften und Normen erfordert. Auch werden hierdurch häufig die Revisionen der betreffenden Anlagen zeitraubender. Der an sich wünschenswerthen Verminderung dieses schriftlichen Verkehrs ist eine Grenze dadurch gezogen, daß der gleichmäßige Vollzug der Gewerbe Polizei eine der wichtigsten Aufgaben der Fabrikinspektion ist.

Eingehend bespricht der Bericht die Frage der weiblichen Aufsichtsbeamten, wobei auch das trügerische Fiasco der vom badiſchen Frauenverein als Vertrauenspersonen der Arbeiterinnen bestellten bürgerlichen und aristokratischen Damen konstatirt wird, was nach dem Berichte nicht anders erwartet worden war. Grundsätzliche Bedenken gegen die Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten bestanden seitens der Fabrikinspektion nicht, aber eine bezügliche Anregung sei von derselben bis jetzt noch nicht gemacht worden. Der Vollzug der zu Gunsten der Arbeiterinnen bis jetzt erlassenen positiven Arbeiterschutzvorschriften konnte, gerade so wie hinsichtlich der Arbeiter im Allgemeinen, sehr wohl von männlichen Beamten überwacht werden. Auch ist die Zahl der gewerblichen Anlagen, in denen ausschließlich oder doch nahezu ausschließlich Arbeiterinnen beschäftigt werden, im Lande sehr gering. Als Aufgaben ev. angestellter weiblicher Aufsichtsbeamten werden bezeichnet die Prüfung der Wirkung der gewerblichen Arbeit auf den weiblichen Organismus und auf ihre ganzen Lebensverhältnisse, sodann die Erstattung von Anregungen für die Weiterbildung der Arbeiterinnen betreffenden Schutzvorschriften und endlich sollten sie als staatliche Organe den Arbeiterinnen eine Stütze bieten. „Nach beiden Richtungen besteht jetzt ein Mangel, der durch eine ausschließlich aus männlichen Beamten gebildete Organisation nicht beseitigt werden kann. Hierbei kommt ferner in Betracht, daß uns auch seitens der Aerzte kaum jemals Mittheilungen über die Wirkungen der gewerblichen Arbeit auf den weiblichen Organismus gemacht werden konnten, obgleich wir es an Anregungen nach dieser Richtung nicht fehlen ließen.“

die Bernsteinstücke aufweisen, als durch übernatürliche Einwirkungen hervorgerufene griechische, hebräische und kabbalistische Schriftzeichen zu deuten begann. Es gab so z. B. Bernsteinstücke, in welchen man mit genügend großer Phantasie die Gestalt des Todes mit der Sichel, einen betenden Mann mit gefalteten Händen, eine Muttergottes, die in der einen Hand einen Apfel hielt, erkennen konnte; ferner wird ein interessantes Bernsteinstück erwähnt, in welchem die Gestalt eines vor einem Kreuze knieenden Mönches zu sehen war; — allerdings hatte eine fromme Seele das fehlende Kreuz auf die Rückseite des fraglichen Stückes geschnitten.

Hans Krafft, ein Ulmer Patrizier, der im Jahre 1585 eine Reise nach Schlesien unternahm, berichtet, daß ihm ein Königsberger Hofrath die Auskunft gegeben habe, der Bernstein sei nicht der Laich einer wunderbaren Fischart, wie vielfach angenommen werde, sondern „es wiesse an einem unerjarnen Ort zunächst am Mör ein wunderbar Gehölz haben, daran ein solcher gelber gummiig oder Harz-Gewächs tue wachsen und so bald vom Stamm abfällt, werdt's von eynew starken Wind an das uffer getrieben.“

Aus den Berichten des Nürnberger Matthaeus aus dem Jahre 1563 geht hervor, daß man bezüglich der Werthschätzung des Bernsteins den weißen für den besten und theuersten hielt, und ihn auch dem Golde als gleichwerthig achtete. Aus einer Mittheilung aus dem Jahre 1172 ist für die Werthschätzung dieses Harzes die Stelle interessant: „Auch im Orient wird der Bernstein manchen edlen Steinen vorgezogen. In

### Der Bernstein im Aberglauben der Völker.

Von P. M. Grempe.

Der Bernstein, der in unserer Zeit allgemein Verwendung zur Herstellung von Rauchentzfernern und Schmuckgegenständen mannigfacher Art findet, spielt im Aberglauben des Volkes eine nicht unbedeutende Rolle als Heilmittel.

Schon im Alterthum wurde der wachsartige Bernstein vielfach als Räuchermittel gebraucht, und in Form von Kugeln trug man ihn als Abkühlungsmittel in den Händen. Daneben wurde Bernstein zu Bezirungen an Kuhlagern, Bettgestellen und Schalen verwendet. Freilich auch Gegenstände für den täglichen Gebrauch wurden im Alterthum aus Bernstein hergestellt; besonders erwähnenswerth sind in dieser Beziehung Schwertgriffe, Messer, Trinkgefäße und Spinnapparate; aber auch Spangen, Ringe und Halsbänder aus Bernstein erregten sich großer Beliebtheit. Häufig wird die Ansicht anzutreffen sein, daß Marcus Aurelius Severus Alexander (211—235) im römischen Reiche Münzen aus Bernstein mit dem Bildniß Alexander des Großen habe anfertigen lassen, die Electra genannt wurden. Nach neueren Forschungen steht es fest, daß es sich hier um Münzen handelt, die aus einer Legirung von Silber mit Gold geprägt wurden, und welche durch ihre Benennung mit „Electra“ zu jener irthümlichen Auffassung Veranlassung gegeben haben. Als Münze scheint Bernstein nur in Afrika benutzt worden zu sein; die anthropologische Sammlung der Naturforschervereinigung in Danzig weiß eine solche

Als unumgängliche Voraussetzung für eine solche Thätigkeit würde aber ein reger und rüchhaltiger Verkehr der weiblichen Beamten mit den Arbeiterinnen gelten müssen. Daß ein solcher Verkehr mit den persöhnlichsten und gedrücktsten Arbeiterinnen auch wirklich eintreten würde, wird im Bericht angezweifelt, weil selbst die männlichen Arbeiter aus Besorgniß um ihre Existenz es vielfach nicht wagen, mit den Aufsichtsbearbeitern in unmittelbaren persönlichen Verkehr zu treten und darum sei die Zeit für Anstellung weiblicher Aufsichtsbearbeitern noch verfrüht. Dies gelte auch bezüglich des Wirkungsbereiches. Es sollten erst gewisse Theile der Hausindustrie gesetzlich geregelt oder durch den weiteren Vollzug der Fabrikaufsicht einerseits die Unternehmer zu größerer Achtung vor den Arbeitern und diese andererseits selbst dazu gebracht werden, mit mehr Muth ihre berechtigten Interessen in lokaler Weise, namentlich auch durch persönlichen Verkehr mit den Aufsichtsbearbeitern zu vertreten; dadurch würde der Boden geschaffen werden, von welchem aus auch weibliche Beamte mit Erfolg thätig sein können. Diese Ausführungen enthalten unzweifelhaft manch' berechtigtes Wort, allein trotzdem sollten weibliche Aufsichtsbearbeitern bald, auch in Baden, angestellt und mit ihnen mindestens ein mehrjähriger Versuch gemacht werden. Allerdings sollten ihnen überall Arbeitervereine unterstützend zur Seite stehen.

Ueber den Verkehr mit den Unternehmern äußert sich der Bericht sehr befriedigt. Von allgemeinem Interesse war es, wird ausgeführt, daß sich Arbeitgeber, vorzugsweise der Maschinenindustrie, bei sich darbietender Gelegenheit dahin aussprachen, daß die Qualifikation der Arbeiter sich seit längerer Zeit augenscheinlich erhöhe. Sie seien intelligenter, thätiger und fleißiger geworden, so daß ihre Gesamtleistung sich gesteigert habe. Dies wird theilweise auf den besseren Unterricht zurückgeführt, theilweise aber auch auf die größere innere Thätigkeit und ein berechtigtes Selbstgefühl der Arbeiter. Letztere moralische Fortschritte sind unzweifelhaft Wirkungen der Arbeiterbewegung, die von allen Seiten nicht genug verlästert werden kann.

Der persönliche Verkehr der Aufsichtsbearbeitern mit den Arbeitern in den für sie an mehreren industriereichen Orten abgehaltenen Sprechstunden war noch spärlicher als in früheren Jahren. An manchen Orten erschien gar Niemand, oder es kamen nur ein oder zwei Personen, die eine wirkliche Rücksprache suchten. „In solchen Fällen betrafen die uns gemachten Mittheilungen lediglich Klagen über die uns ohnehin bekannte Lohnhöhe und Schilderungen darüber, wie auch bei günstigem Geschäftsgange die vereinzelt Bemühungen Aufbesserungen zu erhalten, erfolglos seien. Für den Beamten ist es unter solchen Umständen peinlich, lediglich mit Allgemeinheiten antworten oder ein weiteres Eingehen ablehnen zu müssen. Den einzelnen Arbeitern gegenüber kann in persönlicher Rücksprache auf die grundsätzliche Seite unmöglich in der Weise eingegangen werden, wie dies in dem Jahresberichte unter voller Oeffentlichkeit kein Bedenken hat.“

Auch die von den organisirten Arbeitern bestellten Sina ist er so hoch und theuer geschätzt, daß ihn der gemeine Mann nicht bezahlen kann, sondern allein hohe königliche Personen, die ihn höher als Gold und Silber achten, am Hals tragen lieber als Perlen, Diamanten und Rubinen.“

Im Aberglauben des Volkes spielte — und spielt auch heute noch — der Bernstein eine große Rolle als Heilmittel. Der Anlaß dazu mag in den verschiedenen Ansichten über die Herkunft, den eigenthümlichen Einschlüssen und der räthselhaften Anziehungskraft zu suchen sein.

In Italien und im deutschen Vaterlande hebt der Bernstein nach dem Volksaberglauben die Wirkung ansteckender Krankheiten auf; daher werden Bernsteinketten am Halse vielfach getragen. Tragen kleine Kinder Bernsteinperlen, so wird der Durchbruch der Zähne bedeutend erleichtert. In verschiedenen Gegenden Rußlands können Bernsteinketten fabrikationsmäßig hergestellt werden, da im Volke dem Wahne gehuldigt wird, daß dieselben die Krankheitsstoffe der Aamen anziehen; diese tragen daher viele und sehr schwere Ketten, um die Kinder vor Krankheitsübertragungen zu schützen. Verändert nun der Bernstein seine Farbe, so gilt dieses als Beweis dafür, daß er die ihm zugesprochenen Wirkungen vollbracht hat.

Der arabische Arzt Ariceana empfahl Bernsteinpflaster als gutes Heilmittel bei offenen Wunden und langwierigen Kniegeschwulsten; auch als Mittel gegen plötzlich auftretenden Wahnsinn wird er gelegentlich empfohlen. Callistratus theilt mit, daß eine besondere.

Beschwerdekommissionen haben im Berichtsjahre keine größere Zahl von Mittheilungen gemacht, als in den früheren Jahren, „obgleich wir uns bei Anzeigen über die Bildung solcher Kommissionen oder über einen eingetretenen Personalwechsel stets zu einem dienstlichen Verkehr bereit erklären. Gründe, in dem einen oder anderen Falle einen solchen Verkehr abzulehnen, lagen für uns bis jetzt nicht vor. Der Umstand aber, daß sich die Arbeiter selbst aus Besorgniß vor Maßregelungen nur ungern entschließen, solchen Kommissionen anzugehören, hat für uns manche unbequeme Folgen. Diese Besorgniß bewirkt, daß die Beschwerdekommissionen da und dort aus kleinen selbständigen Gewerbetreibenden und anderen, wenigstens dem Theile der Arbeiter, um deren Vertretung es sich handelt, fernstehenden Personen zusammengesetzt sind, oder daß wenigstens die in die Oeffentlichkeit tretenden Geschäftsführer solche Personen sind. Sie sind dann nicht in der Lage, die ihnen zugehenden Beschwerden beurtheilen und prüfen zu können und sie übermitteln auch wichtige und solche Dinge, deren Unbegründetheit sie leicht hätten durchschauen können, wenn sie ihnen näher gestanden wären.“ Eigentlich sollte eben vom Staate für die Durchführung der zum Schutze des Menschen — der Arbeiter — erlassenen Gesetze im selben oder höheren Maße gesorgt werden, wie er für die Durchführung der zum Schutze des Eigenthums erlassenen Gesetze sorgt.

Viel zahlreicher als in früheren Jahren waren die schriftlichen Beschwerden, welche einzelne Arbeiter an die Aufsichtsbeamten richteten. Diese Beschwerden betrafen vielfach die Mißstände, welche aus den schon früher besprochenen Scheinlehrverträgen in der Zigarrenindustrie herrühren.

Der Bericht führt Klage über die häufige und zeitraubende Inanspruchnahme der Aufsichtsbeamten durch die Staatsanwaltschaften und Gerichte und wünscht, daß von der persönlichen Betheiligung der Aufsichtsbeamten bei den einzelnen Amtshandlungen der Strafjustiz thunlichst verzichtet werde, ein Wunsch, der in der Schweiz bereits mit dem Inspektoren der Fabrikinspektoren erfüllt ward.

Die Zahl der im Berichtsjahre ausgeführten Revisionen beträgt 2287 gegen 1889, die Zahl der besuchten Anlagen beträgt 2150 gegen 1770 im Jahre 1896. Es wurden demnach 380 Anlagen mehr besucht, allein gleichzeitig vermehrten sich die revisionspflichtigen Fabriken von 6258 auf 6574, also um 316, d. h. beinahe so viel als mehr Revisionen ausgeführt wurden. Man wird das Verhältniß, daß nur wenig mehr als 1/3 der Anlagen von den Aufsichtsbeamten kontrollirt wurde, auf keinen Fall als befriedigend anerkennen können. Jeder revisionspflichtige Betrieb sollte nach unserer Meinung mindestens einmal per Jahr revidirt werden und darum muß gesagt werden, daß der Beamtenstand der badischen Fabrikinspektion noch dringend der Vermehrung bedarf.

Die Zahl der Arbeiter vermehrte sich von 159 780 auf 173 794, das ist um 14 014. Nach dem Geschlechte vertheilen sie sich mit 122 215 (1896: 110 658) auf das männliche und mit 51 579 (49 122) auf das weibliche Geschlecht. Es entfallen demnach von dem

goldfarbige Bernsteinart, um den Hals getragen, angeblich Fieber stillte und heilte, wenn mit Honig zerrieben, Ohrenleiden — mit attischem Honig verjert: Augenschwäche — zu Mehl zerstoßen und mit Wasser und Mastig gemengt: — Magenbeschwerden. Selbst Dioskurides, ein griechischer Arzt, der im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung lebte und auf langen und vielen Reisen sich große Kenntnisse auf dem Gebiete der Kräuterkunde erwarb, hielt den Bernstein als innerliches Mittel gegen Leibes- und Magenflüsse hoch. Dioskurides veröffentlichte seine Kenntnisse in einem Werke „De materia medica“; er galt bis zum 17. Jahrhundert fast überall als Autorität in der Arzneimittellehre.

Del, das aus Bernstein destillirt war, mit Baum- oder Leinölzusatz sollte Erfolge bei Geschwulsten des Gaumens, mit einem Zusatz von Rosenöl bei Brandwunden haben; dieses Gemisch brachte auch Magenschmerzen und Erbrechen zum Schwinden, während es, wenn zuvor ein Gabicht darin gesotten war, zum Ueberflusse ein scharfes Gesicht verleihen sollte. Aurfaber verwendete Bernstein mit Zucker zubereitet angeblich mit gutem Erfolge gegen Sodbrennen; bei „herzkuppen soll Bärnstein in wasser gesotten werden und also darin gelassen, davon gebe man den Stranden drey tag nach einander zwey unzen laulich, und diese arzneien helfet das vieh so wohl als den menschen.“ Er fährt dann fort: „Die alten haben nicht allein gelernt, das die Selbstucht mit Bärnstein geruch zu benemen stund, sondern ist den unseren je sehr gebrechlich gewesen und nicht ohne Furcht, und bis mit

gesamten Arbeiterzuwachs nur 2457 auf die Arbeiterinnen. Dem Alter nach vertheilen sich die Arbeiter folgendermaßen: Kinder unter 14 Jahren 340 (1896: 204), Jugendliche von 14 bis 15 Jahren 15 386 (12 652), von 16 bis 20 Jahren 37 512 (36 980), von 21 bis 50 Jahren 108 944 (99 453), über 51 Jahre 11 612 (10 482). Die stärkste Altersklasse ist die von 21 bis 50 Jahren, welche auch die ausgezehresten ist; sie hat mit 9000 auch den größten Zuwachs erfahren. In geringerem Maße haben auch die übrigen Klassen zugenommen, leider auch verhältnißmäßig ganz bedeutend die Klasse unter 14 Jahren, also der Kinder, die auf der Schulbank sitzen und sich noch weiter geistig ausbilden sollten, statt schon in die Fabrik gehen zu müssen. Damit steht in Uebereinstimmung die Zunahme der Anlagen, welche Kinder und Jugendliche beschäftigen, von 1988 im Jahre 1896 auf 2536 im Berichtsjahre. Auch die Anlagen, welche Arbeiterinnen beschäftigen, vermehrten sich von 1833 auf 1963. Man kann daraus deutlich das Bestreben der Unternehmer erkennen, billiger zu produzieren und zu diesem Zwecke die theuere Männerarbeit durch die billigere Frauen- und Kinderarbeit zu ersetzen. Andererseits zeigt die Vermehrung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte sowie der verheiratheten Arbeiterinnen (von 12 345 auf 13 359) insbesondere, daß die wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse für das arbeitende Volk im Allgemeinen nicht besser geworden sind.

An dem Aufschwung der badischen Industrie partizipirt natürlich auch die Metall- und Maschinenindustrie, wie folgende Uebersicht zeigt:

Industrie	Jahr	Betriebe	Arbeiter	Arbeiterinnen	Ges. Arbeiterschaft
Met.-Industr.	1897	794	14 354	5059	19 413
"	1896	700	14 136	4677	18 812
Masch.-Ind.	1897	396	21 505	1222	22 727
"	1896	371	18 085	1062	19 147

Das Wachstum der Zahl der Betriebe ist in der Metallindustrie größer als in der Maschinenindustrie, während bezüglich der Zunahme der Arbeiterzahl das umgekehrte Verhältniß besteht. Von den neu hinzugekommenen 94 Etablissements der Metallindustrie entfallen allein 84 auf die Bijouterie, die bekanntlich in Pforzheim ihren Hauptsitz hat. Da die Arbeiterzahl nur um 600 gestiegen ist, so handelt es sich hierbei offenbar meist nur um kleinere Betriebe, die errichtet wurden. Dabei entfallen allein fast 400 von den 600 Arbeitern auf das weibliche Geschlecht. Der Vermehrung der Maschinenfabriken um 25 steht aber eine solche um 3600 der Arbeiter gegenüber, wovon 160 auf das weibliche Geschlecht entfallen. Von den in der Metallindustrie beschäftigten 5059 sind allein 4355 in der Bijouterie thätig und von den 1222 Arbeiterinnen der Maschinenindustrie arbeiten 299 bei der Fabrikation von Maschinen und Apparaten mit, 54 in der Wässhmacherei, 653 in der Uhrenindustrie, 84 in Fabriken für chirurgische Instrumente und Apparate etc.

Die Aufsichtsbeamten sind mit Recht wenig erbaunt von der weiteren Zunahme der Kinderarbeit und der Arbeit verheiratheter Frauen, welche nur mit dem mehr hehr Hülf geschieht, so andere notwendige arzneien vorher gegangen.“

Ein gewisser Gregori Dunders in Königsberg gebrachte „dieses stein von selner großen tugend wegen in einem recept vor die pestilenz, und ist öffentlich, was golt lob in diesem sterben anno 1538 bey denen, so dasselbige pulver seitlich braucht haben, vor nutz gespüret ist.“

Der Markgraf Albrecht schenkte Martin Luther ein Stück weißen, undurchsichtigen Bernsteins als besonders wirksames Mittel gegen Steinbeschwerden, welches so hoch als Heilmittel geschätzt wurde, daß die Hochmeister des Ritterordens in Preußen durch ein Verbot jeden anderweitigen Verkauf dieser Bernsteinstücke untersagt hatten. — Das Compendium des Gesamtwissens von Ersch u. Gruber vom Jahre 1822 enthält nur 210 Verwendungen des Bernsteins in verschiedenen Zubereitungen zu Wundsalben, trockenen Dampfhäbern, gegen hysterische Beschwerden und Krämpfe, gegen verschiedene Frauenkrankheiten, Hüften- und Wadenschmerzen, anhaltendes Erbrechen, zur Vertheilung von Wassergeschwulsten, gegen rheumatische Schmerzen, Beschwerden in der Othitis, gegen Schleim, Schwindsucht, Lungen- und Harnbeschwerden, Typhus, Sicht, Lähmung, Schlagflüsse, Blähungen, Kollik etc. Der bereits erwähnte Aurfaber gedenkt des Bernsteins auch als Mittel gegen Augenschmerzen; besonders Fremdstoffe, die in das Auge geweht waren, entfernte man dadurch, daß Bernstein gerieben und vor das Auge gehalten wurde, damit er seine anziehende Wirkung ausübe und die Beschwerden fortnehme.

befriedigenden wirtschaftlichen Zustände vieler Arbeiterfamilien erklärt werden können. (Schluß folgt.)

Anfallversicherung der Arbeiter in Dänemark.

Ein am 4. Januar 1898 angenommenes Gesetz, welches am 1. Januar 1899 in Wirksamkeit tritt, enthält die Bedingungen, unter welchen Arbeiter gewisser Gewerbe, welche durch Unfälle an ihrer Arbeitsfähigkeit einbüßen, entschädigt werden, und wie die Familien in solcher Weise um's Leben gewonnener Arbeiter Entschädigung erhalten.

Unfälle, welche von dem Arbeiter absichtlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt sind, geben unter dem Gesetz kein Recht auf Anspruch von Entschädigung.

Die Wirkung des Gesetzes erstreckt sich auf Fabriken, Werkstätten und sonstige Plätze, wo Maschinen im Gebrauch sind, Betriebe, welche regelmäßig Explosivstoffe herstellen oder dieselben verwenden, Steinbrüche, Kalkbrennereien, Steinhauer, Brunnennmacher, Eisgewinnung, Baugewerbe, Schornsteinfeger, Eisenbahnbau, Straßenbahn, Landstraße, Brücken, Kanäle usw., Hafen- und Wasserbauten, Grabenziehen, Drainagen und Trockenlegungswerte, Vegen von Wasser- und Gasleitungen, Errichtung, Instandhaltung und Abbruch von telegraphischen, telephonischen und elektrischen Verbindungen, Eisenbahn-, Straßenbahn- und Omnibusdienst, Auf- und Abladen und Verpackung von Kaufmannsgütern, Taucher- und Rettungswesen und das Mällergewerbe.

Die gesetzliche Entschädigung wird unter folgenden Bedingungen gezahlt: Wenn der Verlauf der Folgen des Unfalles ungewiß ist, erhält die verletzte Person vom Ende der 13. Woche nach dem Unfalle bis zum Schluß der ärztlichen Behandlung eine tägliche Entschädigung, ebenso, wenn die in Folge des Unfalles eingetretene Invalidität eine dauernde ist, bis der Tod eintritt. Der Betrag dieser Entschädigung soll während der Zeit der vollständigen Arbeitsunfähigkeit drei Fünftel des Tagesverdienstes der verletzten Person ausmachen, jedoch nicht mehr als 2 Kronen (ungefähr M. 2,25) oder weniger als 1 Krone (ungefähr M. 1,18) täglich. Sollte der Unfall von Anfang an oder nach einiger Zeit, nur theilweise Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, so ist die tägliche Entschädigung nach dem Grade der Arbeitsunfähigkeit geringer.

Wenn die Arbeitsunfähigkeit als eine dauernde erklärt wurde, so erhält die verletzte Person, wenn die Arbeitsunfähigkeit eine vollständige ist, ein Kapital im Betrage des sechsfachen Jahresverdienstes (aber nicht mehr als 5334 M. und nicht weniger als 2000 M.) und verhältnismäßig weniger, wenn die Arbeitsunfähigkeit nur eine theilweise ist. Hierzu erhält die verletzte Person während eines Zeitraumes von 18 Wochen eine tägliche Entschädigung, welche nach dem oben aufgeführten Grundsatze berechnet wird. Von dem Kapital, zahlbar wie angeführt, wird der Betrag irgend einer täglichen Entschädigung, welcher während der Ungewißheit des Ausfalles der Verletzung gezahlt wurde, abgezogen.

In Todesfälle erhält die Familie eines verstorbenen Arbeiters außer den Begräbnisgeldern, welche ungefähr 55 M. ausmachen, ein Kapital zu dem folgenden Betrage: Die Witwe oder irgend sonst Hinterbliebene erhalten eine Summe, welche dem vierfachen Jahresverdienste des Verstorbenen gleichkommt, aber nicht mehr als 3547 M. oder weniger als 1334 M. Wenn der Verstorbene mehr Personen hinterläßt, so entscheidet der Versicherungsrat über die Vertheilung des Geldes.

Die Höhe des Betrages irgend einer täglichen Zubilligung ist durch Vereinbarung zwischen den Parteien festzusetzen. Jede Partei hat das Recht, die Angelegenheit dem Rathe zur Entscheidung zu überweisen; es kann jedoch die Höhe irgend eines zu zahlenden Kapitals, welches als Abfindung beansprucht werden kann, kein Gegenstand der Vereinbarung zwischen den Parteien sein, sondern muß von dem Rathe entschieden werden. Der Hauptzweck des Gesetzes ist in Kopenhagen, aber seine Gerichtsbarkeit erstreckt sich über das ganze Land. Er besteht aus einem Vorsitzenden, welcher vom Könige ernannt wird, zwei Mitgliedern (wovon eines ein Arzt sein soll, welche ebenfalls vom Könige ernannt werden, zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitern, welche dem Gewerbe

Die Anziehungskraft dieses Harzes war nach den Sagen der Kelten so groß, daß ihr Vertales Oginus bildlich seine Goldketten mit Bernstein als Mittel, die ihm folgende Menschenmenge an sich zu ziehen, trug. Professor Deidmann vertritt die Ansicht, daß die griechische Bezeichnung des Bernsteins den umfassenden Gebrauch desselben als Amulet voraussetze. Auch die Gladiatoren Roms glaubten an die Zauberkräft dieses nordischen Goldes; sie trugen Bernsteinamulette mit auf den Sieg bezüglichen Inschriften; ferner waren an den Ketten, welche die Zuschauer im Amphitheater gegen die reizenden Thiere aus der Arena schützen sollten, und an den beim Kampfspiel gebrauchten Waffen und Gerüthen Bernstein-Zierathe befestigt, so daß Kolbenhaner wohl mit Recht eine so vielfache Verwendung auf die diesem Harze zugeschriebene geheimnißvolle Kraft zurückführt.

Soweit auch das nordische Gold Verbreitung gefunden hat, überall scheint der Wahn des Volkes diesem eigenthümlichen Harze geheimnißvolle Kräfte zuzuschreiben. Nehmen doch die Krieger in Marokko an, daß ein gewisses Bernsteinamulet gegen die Gefahren des Krieges einen wirksamen Schutz verleihe; auch der Chinese glaubt an die Zauberkräft des Bernsteins, denn er trägt in Drachenblat gefärbte Bernsteinamulette als Schutzmittel gegen Krankheiten.

In der That, es dürfte wegen Gegerstände in der Welt geben, die in so mannigfacher Weise überall eine ebenso bedeutende Rolle im Aberglauben der Völker spielen, als der Bernstein!

angehören, welches diesem Gesetz untersteht. Der Minister des Innern kann Fabrikinspektoren und Inspektoren von anerkannten Krankenkassen ernennen, welche dem Rathe als Beisitzer angehören. Die zwei Arbeitgeber werden von dem Minister d. I. ausgewählt und die zwei Arbeiter von dem Vorstande der Abgeordneten anerkannter Krankenkassen, wie dieselben in Urtheilung 24 des Gesetzes vom 12. April 1892, betreffend anerkannte Krankenkassen, aufgeführt sind. Stellvertreter für die zwei Arbeitgeber und die zwei Arbeiter sind zu erwählen. Die Dauer der Dienstzeit aller sieben Mitglieder des Rathes ist sechs Jahre, jedoch müssen zu Anfang von den ernannten Arbeitgebern und Arbeitern einer von jedem Theile (durch Auslosung) nach drei Jahren austreten. Mitglieder und Beisitzer erhalten festes Gehalt und Vergütung der Reisekosten. Stellvertreter erhalten eine Entschädigung für jeden Tag, an welchem sie einer Sitzung des Rathes beiwohnen. (Sitzungen werden von dem Vorsitzenden einberufen.) Die Kosten des Rathes zahlt der Staat.

Der Arbeitgeber ist hinsichtlich der Ansprüche von Unterstützungen unter diesem Gesetze haftbar, ausgenommen, er hat sich gegen derartige Ansprüche in einer Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit oder in einer Versicherungsgesellschaft mit beschränkter Haftung versichert; jedoch müssen solche Gesellschaften oder Vereine vom dem Minister des Innern anerkannt sein. Ansprüche an einen Arbeitgeber unter diesem Gesetze haben das Vorzugsrecht in Bankrottsfällen.

Vereinbarungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, welche den Zweck haben, das Gesetz zu umgehen, oder welche dazu führen würden, oder welche dem Arbeiter die ganze oder theilweise Zahlung der Versicherungsbeiträge auferlegen würden, sind ungültig. Aber wo Vereinbarungen vorhanden sind, welche einem Arbeiter oder seiner Familie ein Recht auf Unterstützungen bei Unfällen gewähren, sollen diese in Ermangelung einer gegenseitigen Vereinbarung nur ein Recht auf so viel von einer solchen Unterstützung haben, als der Ueberschuß ausmacht, welcher sich bei der Unterstützung nach dem gegenwärtigen Gesetze ergibt.

Aus Oesterreich.

Wien, 11. März.

Oesterreichs Ruf: Das Land der Unwahrscheinlichkeiten zu sein, hat sich neuerdings bewahrheitet. Nach den stürmischen Sitzungen des Parlaments zu Ende des vorigen Jahres wick Graf Badaui unseligen Andenkens dem Ministerium Gautsch, welches die Aufgabe übernommen hatte, das österreichische Parlament aktionsfähig zu machen. Darüber täuschte sich hier zu Lande Niemand, daß Freiherr von Gautsch nichts Anderes als der Platzhalter für einen anderen Mann sei. Obwohl die Demission des Ministeriums Gautsch vorherzusehen war, kam sie doch unerwartet. Ueber Nacht sozusagen wurden Oesterreichs Wähler mit einer neuen Regierung beglückt. Graf Franz Thun wurde vom Kaiser dazu bestimmt, Oesterreichs Geschicke zu leiten. Wir behandeln diese Frage etwas ausführlicher, weil der neue Ministerpräsident sich schon während seiner Thätigkeit als Statthalter in Böhmen als ein ausgesprochener Feind der Arbeiterklasse erwiesen und mit den brutalsten Mitteln die proletarische Bewegung niederzuhalten trachtete. Graf Thun erklärte die Gewerkschaften als staatsgefährlich und bewilligte keine Neubildung von Organisationen; auf sein Betreiben wurde über Böhmen der Ausnahmezustand verhängt und ungezählte Jahre Kerkers und den Mühen vieler Christen und Familien hat dieser Feudale reinsten Wassers mit durchaus vormärzlichen und absolutistischen Ansichten auf dem Gewissen. Von den neuen Ministern interessieren uns bloß der Handels- und der Finanzminister. Zum Handelsminister wurde Dr. Baernreither und zum Finanzminister Dr. Kaizl ernannt. Beide sind Männer mit modernen Ansichten und wird Heiden viel sozialpolitische Kenntnisse nicht abgeprochen werden dürfen; außer Zweifel steht jedoch, daß das Ministerium Thun Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht treffen wird. Der Handelsminister, dem die ganzen Arbeitergeschlechtsangelegenheiten unterstehen, hat eine Reihe von Büchern geschrieben, in welchen er für Koalitionsfreiheit, Arbeiterschutz usw. eintritt; er hielt sich längere Zeit in England auf und prüfte die Arbeiterfrage; ob er aber das, was er als Abgeordneter gefordert, auch als Minister machen wird, ist wohl die Frage. Und gerade jetzt wäre in Oesterreich es dringend notwendig, auf dem Gebiete der Arbeiterfrage Reformen zu schaffen, weil die Unternehmner Sturm laufen gegen das bisherige Koalitionsrecht der Arbeiter. Samstag, den 5. März, fand in Wien eine Gerichtsverhandlung statt, die von bedeutendem Interesse für die österreichische Arbeiterfrage ist. Der richterlichen Entscheidung lag die Frage vor, ob die Aufforderung zum Boykott, in der Presse enthalten, eine Uebertretung der §§ 2 und 3 des Koalitionsgesetzes begründe. Seit Jahrzehnten enthalten alle Parteiblätter derartige Aufforderungen, die für die Arbeiter eine Warnung sein sollten, Unternehmungen, wo gestreikt wird, ihre Arbeit anzubieten. Nur wenigen Staatsanwälten ist es eingefallen, in derartigen an die organisierten Arbeiter gerichteten Aufforderungen, als „Vor Zugang wird gewarnt“, „Zugang ist streng fernzuhalten“, ein strafbares Delikt zu erblicken. Erst in der letzten Zeit kamen die großen Unternehmner auf den Gedanken, daß derartige Aufforderungen, die zumeist von Erfolg begleitet sind, ihre Ausbeutungsfreiheit arg gefährden. Angeklagt waren der Redakteur und Herausgeber des Jahrbuches „Solidarität“ und der Leiter der Druckerei wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes. Der Ruf nach der Staatsbehörde war von der Glaswaarenfabrik Siemens & Halske in Kenjattl (Böhmen) und von der Porzellanwaarenfabrik A. G. Anger in Aig bei Karlsbad erhoben worden. Die beiden Unternehmner richteten je eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft, des Inhalts, daß in dem sozialdemokratischen Organ „Solidarität“, dem Jahrbuch der Porzellan-, Glaswaaren- und Ziegelerbeiter Oesterreich-Ungarns, eine Aufforderung zum Boykott ihrer Betriebe enthalten sei und dadurch ihre Existenz arg gefährdet werde. In der Glaswaarenfabrik Siemens war nämlich im Vorjahr ein Streik ausgebrochen, weil die Arbeiter, die gegen den Willen der Unternehmung den 1. Mai gefeiert hatten, zum großen Theil entlassen worden waren. In der „Solidarität“ erschien nun am 18. September 1897 ein Artikel über dieses Unternehmen, worin der Passus enthalten ist: „Vor Zugang wird gewarnt. In der Aigter Porzellanfabrik war ein Streik ausgebrochen, weil sich die Arbeiter mit einem Kollegen, der nach 25jähriger Dienstzeit entlassen

worden war, solidarisch erklärt hatten. Die „Solidarität“ besprach in einem Artikel vom 28. September diesen Streik und fügte den Passus bei: „Zugang ist fernzuhalten. In diesen Stellen erblickte nun die Staatsanwaltschaft im Einklang mit den um Rechtsschutz bittenden Unternehmern eine Uebertretung des § 3 Koalitionsgesetzes, beziehungsweise die Uebertretung des § 2 Koalitionsgesetzes und § 9 Strafgesetzes und § 8 Koalitionsgesetzes. Obwohl der Staatsanwalt in geradezu parteilicher Weise für die Beurteilung der Angeklagten plaidirte, sprach der Richter trotzdem die Angeklagten frei mit der Begründung, daß die Beurteilung im konkreten Falle eine Untergrabung des Koalitionsrechtes der Arbeiter bedeuten würde. Der Staatsanwalt meldete die Berufung an. Vorläufig ist dieses Attentat auf eines der wichtigsten Rechte der Arbeiter zurückgeschlagen.

In Ungarn geht die Regierung in der schändlichsten Weise gegen die Arbeiterorganisationen vor. In diesem Lande besteht in Folge der einzig dastehenden Ausbeutung der Landarbeiter durch die Bodenmagnaten eine sehr starke sozialistische Landarbeiterbewegung, die nun mit allen Mitteln unterdrückt werden soll. Bei dieser Gelegenheit finden in allen Organisationen der Arbeiter überhaupt Hausdurchsuchungen statt, alle bekannten Genossen werden bei Nacht verhaftet und zwangsweise gleich Räubern und Mördern photographirt, um im Verbrecheralbum Aufnahme zu finden; die Arbeiterblätter werden konfisziert, die Briefe an alle halbwegs bekannten Genossen erbrochen, das Geld in allen Vereinen von den Organen der ungarischen Regierung konfisziert, kurz und gut, es herrscht ein Zustand, wie er ärger auch in irgend einem asiatischen despotisch regierten Lande nicht existieren kann. Der Zweck dieser selbstverständlichen dem Gesetze hochnisprechenden Maßregeln ist, die ungarische Arbeiterbewegung zu erdöden. So unerträglich diese Drangsalirungen auch für unsere Genossen in Ungarn sein mögen, sind sie ein Beweis, daß die Arbeiterbewegung nun endlich auch in Ungarn derart erstarkt ist, daß sie nicht mehr zu beseitigen ist. Denn der Ausnahmezustand ist immer die ultima ratio rerum jeder kapitalistischen Regierung.

Die Christlich-Sozialen unseres Landes benutzen jede Gelegenheit, um ihrem Hass gegenüber der Arbeiterklasse Ausdruck zu geben. Der niederösterreichische Landtag, dessen Mehrheit aus christlich-sozialen Demagogen besteht, faßte in seiner Schlussitzung am 5. März den Beschluß, die der allgemeinen Arbeiterkrankenkasse in Wien seit dem Jahre 1888 gewährte Subvention von 12 000 fl. von heuer ab zu entziehen. Diese Krankenkasse zählt ca. 100 000 Mitglieder, wovon gut 70 000 Metallarbeiter sind. Die Subvention wurde von der früheren liberalen Majorität im Jahre 1888 zur Feier des vierzigsten Geburtstages der Thronbesteigung des Kaisers gestiftet in dem Wunsche, „an diesem festlichen Tage ein gewisses Maß von Trost dorthin zu tragen, wo Trost am Nothigsten ist.“ Die 12 000 fl. wurden dieser Krankenkasse jährlich gewidmet zu dem Zwecke, „um im Falle von über ein Jahr dauernder Krankheit oder der Arbeitsunfähigkeit wegen vorgerückten Alters oder außerordentlicher Nothlage solche Unterstützungen zu gewähren, die außerhalb der gesetzlichen Verpflichtungen der Arbeitgeber liegen.“ Diese Subvention, die, wie aus obigen Zeilen hervorgeht, nicht der Krankenkasse zugeführt wurde, sondern nur zur Vertheilung an sieche und invalide Arbeiterkrüppel diesem Institute gegen Verrechnung vom Landtage zur Verfügung gestellt worden ist, wurde mit 38 gegen 30 Stimmen diesen Arbeiterkrüppeln entzogen und wird nun der Wiener Krankenkasse übermittlekt werden, und dies Alles nur in Folge des Umstandes, weil diese Kasse von Sozialdemokraten geleitet wird.

Der Wiener Gemeinderath der auch zum größeren Theile aus Christlich-Sozialen obbezeichneter Sorte besteht, hat in der zynischsten Weise eine Ehrung der Opfer von 1848 abgelehnt. Wir führen all' diese Thatfachen an, weil dieselben beweisen, daß das Bürgerthum sich der Revolution aus lauter Byzantinismus schämt. Die Gesellschaft, die heute an der Macht ist, irrt jedoch, wenn sie glaubt, daß die heurige Märzfeier des österreichischen Proletariats nicht großartig ausfallen werde. Die österreichischen Arbeiter werden das Andenken der am 13. März hingemordeten Opfer der bürgerlichen Freiheit feiern, weil das Bürgerthum schon längst der Märzgefallenen vergessen.

Wir haben schon in einem früheren Briefe über das Attentat, welches die Alpine Montangeellschaft in Steiermark an ihren Arbeitern verüben will, berichtet. Es liegt nun in dieser Frage eine Entscheidung der Judenburg Bezirks-hauptmannschaft vor, nach welcher die Alpine Montangeellschaft verurtheilt wurde, folgende Bedingungen einzuhalten:

- 1. Der Pensionsverein des Eisenwerkes in Zellweg ist aufzulösen, und es ist durch einen versicherungstechnischen Sachverständigen vorerst feststellen zu lassen, welcher Betrag des Kapitals zur Sicherstellung der bereits erworbenen Pensionsrechte nöthig ist.
- 2. Dieses Kapital ist bei einem soliden Institute nutzbringend anzulegen, und hat sich die Gesellschaft binnen zwei Monaten nach Rechtskraft dieser Entscheidung über die genaue Erfüllung dieser beiden Punkte hieran auszuweisen.
- 3. Allen übrigen bermaligen Kassennutzgliedern sind sämtliche seit ihrem Beitritt im Sinne der §§ 13 und 14 der Vereinsstatuten für den Pensionsverein geleisteten Beiträge binnen vierzehn Tagen nach Rechtskraft dieser Entscheidung sammt Zinsen zurückzuzahlen.
- 4. Für die Erfüllung der Punkte 1 und 3 dieser Entscheidung haftet in erster Linie das Kassenermögen und, falls dieses nicht hinreichen sollte, das Gesellschaftsvermögen der Oesterreichischen Alpen Montangeellschaft als Unternehmung.
- 5. Die Kosten der Durchführung dieser Liquidation trägt die Gesellschaft als Unternehmung.

Die Alpine Montangeellschaft will nun alle Rechtsmittel ergreifen, die zur Aufhebung der Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft führen könnten. Sie will rückwärts die Arbeiter um ihre Rechtsansprüche bringen und glaubt, die Statthalterei werde so schwach sein, eine Rechtsbeugung der Alpen Montangeellschaft zu dulden. Die endgiltige Entscheidung wird von hundert von Arbeitern mit Bangen erwartet. Mehr als 900 Arbeiter in Zellweg sind an dieser Entscheidung interessiert. Aber auch die Donawitzer Arbeiter, denen es nach den Zellweg Arbeiter an den Fragen gehen soll, harren gespannt der Dinge, die da kommen, handelt es sich doch um ihre Existenz im späten Alter. Die ganze schmutzige Affaire wird wohl geeignet sein, den Arbeitern

endlich die Augen zu öffnen über den Werth der Wohlfahrts-  
einrichtungen.

Vom sozialen Kriegsschauplatz ist zu melden: Der  
Streik der Grazer Waggonarbeiter dauert ungeschwächt fort.  
Die Streikenden haben ihre Forderungen modifiziert und  
sind Unterhandlungen noch immer im Zuge, ohne daß es bis-  
her zu einer Verständigung gekommen wäre. — In der  
Klagenfurter Wagenfabrik des Thomas Bohrer ist ein Streik  
wegen ungenügender und schlechter Verpflegung der Arbeiter  
— es herrscht in dieser Fabrik noch das sogenannte „patriarch-  
alische“ Verhältnis — ausgebrochen. — Montag, den 7. d.  
Mts., traten sämtliche Gießereiarbeiter des Lloyd-Werks in  
Triest in den Ausstand. — In der Wiener Metallgießerei  
von Kellner's Wittve legten sämtliche Arbeiter die Arbeit  
nieder. — Bezug nach allen obgenannten Orten ist fernzu-  
halten.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Nachdem nunmehr der englische Maschinenbauer-  
ausstand schon längere Zeit beendet ist, ersuchen wir die-  
jenigen Verwaltungen, Bevollmächtigten und Mitglieder, die  
seinerzeit von uns Einzeichnungslisten für freiwillige Beiträge  
zur Unterstützung des Achtstundentampfs der englischen  
Maschinenbauer erhalten haben, die etwa noch in ihren Hän-  
den befindlichen Geldbeträge für diesen Zweck umgehend  
nach hier einzusenden, damit wir die Sammlung abschließen  
können.

Hierdurch ersuchen wir die Ortsverwaltungen, sowie  
diejenigen, welche vom Vorstand Protokolle der 3. ordent-  
lichen Generalversammlung bezogen und über dieselben  
mit uns noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüg-  
lich zu thun. Der Erlös für die verkauften Protokolle ist  
sofort an unseren Kassier, Th. Werner, Redaktr. 160, ein-  
zusenden, wobei auf dem Postabschnitt zu vermerken ist, für  
was der Betrag vereinnahmt wurde. Die nichtabgegebenen  
Protokolle sind, sofern auf einen Verkauf nicht mehr gerechnet  
werden kann, nach hier einzusenden, im anderen Falle ist  
Mittheilung an den Vorstand erforderlich.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 83469 des Mechanikers Rudolf Strobl, geb. zu Nürnberg  
am 24. Mai 1869.
- 150715 des Formers Oswald Karl Winkler, geb. zu  
Kappel b. Chemnitz am 31. Dezember 1865.
- 151191 des Schlossers Kurt Markert, geb. zu Schedwitz  
am 13. Dezember 1878.
- 227057 des Schlossers Georg Schmidt, geb. zu Leipzig-  
Lindenau am 24. Juni 1880.
- 232167 des Installateurs Wilhelm Vogel, geb. zu Rothen-  
burg a. T. am 29. April 1879.

Der Flaschner Louis Kurth, früher Bevollmächtigter in  
Pforzheim, geb. zu Koburg am 28. Dezember 1872, Buch-  
Nr. 128 874, ist nach Veruntreuung kleiner Beträge von  
Verbandsgebern spurlos verschwunden und wird hierdurch  
vor ihm gewarnt und um ev. Mittheilung seiner Adresse  
gebeten. Kurth soll sich auch mehrere Prellerereien Kollegen,  
Sogiwitthen und Handwerker gegenüber haben zu schulden  
kommen lassen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind  
nur an

**Theodor Werner, Stuttgart, Redaktr. 160/1,**  
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken,  
wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

**Der Vorstand.**

Der Gürtler Max Siebert aus Berlin, geboren am  
29. April 1869, wird um Angabe seiner Adresse gebeten.

Desgleichen der Former Emil Müller aus Delsnitz,  
geb. am 19. Mai 1878.

Sodann wird der Schlosser Max Hamel hierdurch auf-  
gefordert, sich bei dem Vorstand schriftlich zu rechtfertigen,  
da seitens der Einzelmitglieder in Wügelin i. S. kein Aus-  
schluß aus dem Verband beantragt ist. Denselben wird zur  
Last gelegt, daß er mehrere Arbeitskollegen und Verbands-  
mitglieder thätlich mißhandelt und dieselben bedroht hat.

### Vertikung.

In der in Nr. 11 veröffentlichten Quittung über die  
im Monat Februar eingegangenen Verbandsgelder muß  
es bei Lübeck statt M 300 M 314,40 heißen.

## Korrespondenzen.

### Former.

**Kaiserslautern.** Bei der am 6. März vorgenom-  
menen Neuwahl der Ortsverwaltung der Sektion der Former  
wurden folgende Kollegen gewählt: als Bevollmächtigter  
Martin Haag, als Kassier Ludwig Strotzner, als Revisoren  
Heinrich Schneider, Daniel Christmann und Ludwig Wild.

**Offenbach a. M.** D. M.-S. Sektion der Former.  
Am 27. Februar fand hier eine öffentliche Formerversamml-  
ung statt, in welcher Kollege Sandler aus Düsseldorf einen  
Vortrag über den Kampf der Former und Metallarbeiter  
hielt. Selbiger führte aus, daß die Former und Metall-  
arbeiter wie jede andere Berufsklasse in der Gegenwart in  
einem stetigen Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen und  
Lohnverhältnisse stehen. Während in vergangenen Tagen der  
Einzelne es nur mit einem Unternehmer zu thun hatte und  
es ihm eher möglich war, etwas für sich zu erreichen, seien  
jetzt die Unternehmer zu großen Firmen und Verbänden ver-  
einigt, um die Arbeiter zu unterdrücken. Deshalb muß auf  
der anderen Seite eine große, gut arbeitende Organisation  
stehen, welche den Unternehmern bessere Arbeitsbedingungen  
und Lohnverhältnisse für ihre Mitglieder abzwängen kann.

Weiter suchte Redner den Unterschied zwischen den Arbeitern  
der Großstädte, Vororte und den auf dem Lande wohnenden  
klar zu machen. Er meinte, die Arbeiter, welche auf dem  
Lande wohnen, seien nicht direkt auf den Erwerb ihrer Arbeit  
angewiesen, da sie zum Theil eigenes Land haben und sich  
verschiedene Früchte usw. selbst erzeugen können, bei einer  
Krise also immer noch besser daran seien, als die Fabrikar-  
beiter in den Städten, welche bei Ausbruch einer Krise selbst-  
redend die nöthigen Lebensmittel nicht mehr erschwingen  
können und sofort die Reservearmee verstärken. Redner sucht  
an den Niederlagen des Hamburger Eisenarbeiter-, Berliner  
Former- und englischen Maschinenbauersstreiks nachzuweisen,  
daß selbe nur naturnotwendige Folgen der heutigen Organi-  
sationen seien. England habe z. B. vorzüglich organisierte  
Gewerkschaften, aber keine Vertreter im Parlament, während  
die Vertreter der deutschen Arbeiter keine Beachtung im  
Reichstage fänden (?? Red.) weil keine festen und großen  
Organisationen da seien, welche den Anträgen der Abgeord-  
neten den nöthigen Druck verleihen könnten. Redner fordert  
zum Masseneintritt in die Organisation auf, gleichviel ob  
Metallarbeiter- oder Formerverband. Er bedauert, daß sich  
die älteren Kollegen sofort zurückziehen, wenn ein junges  
Mitglied in die Verwaltung gewählt wird. Ferner geißelte  
er die Indifferenten. Dieselben hätten für die Organisation  
kein Geld, kommt aber der Lohn tag, sei es das Erste in die  
Wirtschaft zu laufen und die paar Pfennige, die sie verdient  
haben, in Bier und Branntwein aufzulösen. Käme es aber  
zu einem Streik, so kämen sie schnell, um die Unterstützung  
zu schlucken und nach Beendigung des Ausstandes sind sie  
die Ersten, um von der Organisation abzufallen. Er forderte  
die Kollegen auf, in den Gießereien nicht der Person, sondern  
dem System entgegenzutreten, und stets und ständig zu agit-  
tiren, damit wir das Recht auf Arbeit endlich erlangen.  
Nach einstimmiger Annahme folgender Resolution: „Die  
heutige öffentliche Formerverammlung erklärt sich voll und  
ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden,  
sie protestirt entschieden gegen die Abicht der Regierung, das  
Koalitionsrecht noch mehr einzuschränken, indem dasselbe  
schon jetzt durch die Uebermacht des Kapitals fast illusorisch  
gemacht ist, die Versammlung richtet auch gleichzeitig an die  
Former die Aufforderung, durch Masseneintritt in die Organi-  
sation zu protestiren, um dadurch dem Uebergreifen des  
Unternehmertums mit Erfolg entgegenzutreten zu können“,  
schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

### Stempner.

**Ziel.** Unsere Mitgliederversammlung am 8. März  
war im Verhältnis zu den im letzten Halbjahre stattge-  
fundnen erfreulicher Weise wieder etwas besser besucht.  
Im vorigen Jahre mußten z. B. in zwei Fällen die be-  
treffenden Referenten wegen zu geringem Besuch auf den  
bestimmten Vortrag verzichten und die erste diesjährige Ver-  
sammlung mußte aus demselben Grunde ganz ausfallen. In  
der vorletzten Versammlung wurde deshalb beschlossen, Auf-  
gettel drucken zu lassen und dieselben den Beitragsamm-  
lern zur Verbreitung zu übergeben. Das Resultat war, wie  
schon oben gesagt, ein einigermaßen zufriedenstellendes. Wir  
möchten nun an dieser Stelle die Kollegen ersuchen, mehr  
wie bisher für einen besseren Versammlungsbesuch zu agit-  
tiren, damit der Vorstand nicht genöthigt ist, vor leeren  
Bänken zu predigen; es dürfte wohl jedem Kollegen, der  
einigermaßen Interesse für seine wirtschaftliche Lage besitzt,  
möglich sein, die nur alle 4 Wochen stattfindenden Mit-  
gliederversammlungen zu besuchen. Was das System des  
Beitrags sammelns betrifft, welches wir seit August v. J.  
eingeführt haben, können wir mit dem Ergebnis wohl zu-  
frieden sein, da die Beiträge regelmäßiger eingehen und die  
Mitgliederzahl eine stabilere bleibt. Daß das Beitrags-  
sammeln Schuld an dem schlechten Versammlungsbesuch  
sein sollte, dürfte wohl nicht zutreffen. Im Verlaufe der  
letzten Versammlung wurde noch die Frage eines Lokal-  
scheitens an Tagesreife angeregt und nach längerer Debatte  
ein Antrag angenommen, „daß den zugereichten Kollegen, die  
noch nicht unterstützungsberechtigt sind, ein Vorkassenschek  
von 40 J bewilligt wird, wenn dieselben bis dahin nicht Ge-  
legenheit hatten, dem Verband längere Zeit anzugehören.“  
Wir hatten dabei hauptsächlich die Kollegen im Auge, die  
eben ausgekarrt, abreisen und in Folge dessen keine Ge-  
legenheit hatten, unterstützungsberechtigt zu werden.

**Wiesbaden.** Im Herbst vorigen Jahres fand hier  
eine öffentliche Versammlung der Spengler statt, in der  
beschlossen wurde, im Frühjahr 1898 in eine Lohnbewegung  
einzutreten. Am 5. März ist nun in einer öffentlichen Ver-  
sammlung einstimmig beschlossen worden, folgende Forder-  
ungen zu stellen: 1) Einführung der 10stündigen Arbeitszeit  
bei 10prozentiger Lohnhöhung. 2) Achtstündige Lohnzahlung.  
3) Der Lohn muß bis zur Beendigung der Arbeitszeit aus-  
bezahlt sein, andernfalls die Wartezeit als Ueberstunde ge-  
rechnet wird. 4) Für Ueberstunden bis 9 Uhr müssen 33 1/3  
Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent mehr  
bezahlt werden. 5) Akkordarbeit ist so viel wie möglich zu  
beizugehen. — Nach Beschluß der öffentlichen Versammlung  
sollen diese Forderungen den Meistern mitgeteilt und die-  
selben ersucht werden, sich bis zum 16. März an den Vor-  
sitzenden der Lohnkommission zu erklären, wonach dieselbe  
das Resultat einer weiteren Versammlung vorzulegen hat.  
Sollten die Meister nicht auf die gestellten Forderungen ein-  
gehen, so wird wahrscheinlich am 2. April in den Streik  
eingetreten werden.

### Metall-Arbeiter.

**Brandenburg.** Am 6. März fand im Rathenow'schen  
Saale eine Versammlung der Sektion der Maschinenisten  
und Heizer statt, wozu auch sämtliche Metallarbeiter ein-  
geladen waren. Auf der Tagesordnung stand u. A. ein  
Vortrag des Herrn Ingenieurs Grempe aus Berlin über  
Schutzvorrichtungen. Der Herr Vortragende gab zunächst  
statistische Zahlen über in Preußen vorhandene Dampfseil-  
anlagen und Lokomobilen und kam dann auf den verant-  
wortungsvollen Stand der Maschinenisten und Heizer im All-  
gemeinen und den der Heizer in landwirtschaftlichen Be-  
trieben im Besonderen zu sprechen. Gerade diese Personen  
arbeiten für einen lächerlich niedrigen Lohn — in einem ihm  
bekannten Falle pro Stunde 12 J — und sind gezwungen,  
außer der Bedienung ihrer Maschine noch die verschiedensten  
Nebenverrichtungen mit übernehmen zu müssen. Ist nun  
der Stand der Maschinenisten und Heizer ein so überaus ver-

antwortungsvoller und lebensgefährlicher, so ist es auch  
Pflicht des Kapitalismus und in erster Linie des Staates,  
in deren Händen sich doch alle Dampfseilanlagen befinden,  
denselben ansständig zu bezahlen und ihn durch Anbringen  
guter Schutzvorrichtungen möglichst vor Unfällen bei Aus-  
übung seines Berufes zu sichern. Gerade in letzterer Be-  
ziehung bleibe jedoch bei den meisten Dampfseilanlagen  
mehr oder weniger zu wünschen übrig; hauptsächlich sei dies  
der Fall an den Wasserstandsgläsern. Herr Grempe demon-  
strirte nun an mitgebrachten Objekten verschiedener Systeme  
sehr anschaulich und klar diese Schutzvorrichtungen und sprach  
sein Bedauern darüber aus, daß die Besitzer von Dampf-  
seilern eben nur aus Sparamkeitsrücksichten diese kleine  
Mehrausgabe unterlassen, da der Preis der meisten vorge-  
führten Schutzvorrichtungen zwischen 10—20 M schwankt.  
Hierauf wies der Herr Vortragende wieder mit statistischen  
Zahlen nach, wieviel Heizer bei Zerstörung des Wasserstands-  
glases verunglückt resp. getödtet worden. Unter diesen seien  
unstreitig diejenigen am Bedauernswertesten, die bei solcher  
Gelegenheit ihre Sehkraft eingebüßt. Herr Grempe schloß  
seinen in jeder Beziehung interessanten Vortrag mit dem  
Schiller'schen Satze: „Sterben ist nichts, aber leben ohne  
zu sehen, ist doppeltes Sterben!“ Beifälliger Beifall lohnte  
ihn. Da Niemand etwas gegen den Vortrag einzuwenden  
sah, sprach Herr Grempe noch kurz über das Vereinswesen  
der Metallarbeiter im Allgemeinen und wies darauf hin,  
wie nöthig eine Fachschrift mit guten Illustrationen wäre.  
Mancher Fachmann würde die Beschreibung neuer Erfind-  
ungen usw. an der Hand von Abbildungen leichter fassen,  
mancher Artikel würde gelesen werden, der ohne Abbildung  
gar nicht beachtet wird, überhaupt würde einem so ausge-  
statteten Fachblatt das weitgehendste Interesse entgegenge-  
bracht werden. Auf Antrag des Vorsitzenden wird folgende  
Resolution einstimmig angenommen: „Die öffentliche Metall-  
arbeiterversammlung vom 6. März 1898 zu Brandenburg a. S.  
ersucht den Verbandsvorstand, die „Metallarbeiter-Zeitung“  
mit einer technischen Beilage zu versehen, die hauptsächlich  
auf die Weiterbildung der Heizer und Maschinenisten Rücksicht  
zu nehmen und Vorrichtungen zur Unfallverhütung besonders  
zu beachten hat und mit guten Abbildungen versehen ist.  
Diese Beilage soll etwa den deutschen Heizern und Maschinenisten  
entsprechen, aber besonders Gewicht auf die Vertretung der  
Interessen der Arbeiter legen. Die Versammlung erwartet,  
daß der Vorstand baldigst die nöthigen Schritte zur Schaf-  
fung der Beilage einleitet, da ja ein ähnlicher Antrag be-  
reits auf dem letzten Verbandstage in Braunschweig ange-  
nommen wurde; sie wünscht ferner, daß der Vorstand mit  
Herrn Ingenieur Grempe in Verbindung tritt und dessen  
praktische Rathschläge zu berücksichtigen.“ Schließlich wurde  
noch beschlossen, einen Bericht über diese Versammlung an  
die „Brandenburger Zeitung“ und die „Metallarbeiter-Zei-  
tung“ zu senden. Hierauf schloß der Vorsitzende die Ver-  
sammlung mit einem Hoch auf die Metallarbeiter. Leider  
fehlte auch in dieser, im Allgemeinen recht gut besuchten  
Versammlung so mancher Kollege, dem es jedenfalls nichts  
geschiedet, wenn er den lehrreichen Vortrag gehört. Ihnen  
sei das Wort zugerufen, daß nur Einigkeit stark macht!

**Gremen.** Am 4. März fand hier eine öffentliche Me-  
tallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Käther aus  
Berlin über „Die Metallarbeiterorganisation und ihre nächsten  
Aufgaben“ referirte. Der Referent legte in klarer deutlicher  
Weise dar, wie notwendig und nützlich eine Zentralorgani-  
sation sei, er schilderte die Entstehung der verschiedenen Ar-  
beitervereine resp. Verbände, und die Kämpfe derselben von  
1868—1897, ferner geißelte er die große Laubheit der hiesigen  
Metallarbeiter. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten  
sich noch verschiedene Mitglieder der hier noch stark in Blüthe  
stehenden Branchenorganisationen. Die Ausführungen der-  
selben wurden in sachlicher Weise vom Referenten widerlegt,  
nur durch einmüthiges kräftiges Zusammenhalten können  
wir zum Ziele gelangen.

**Giesefeld.** In der Mitgliederversammlung der allgem.  
Verwaltungsstelle am 26. Februar wurde der Antrag des  
Agitationskomitees „Gründung von Fachsektionen“ nach  
eingehender Debatte abgelehnt. Hierauf kam zur Diskussion  
„Gründung eines Arbeits-Nachweises“. Bei dieser Gelegen-  
heit wies Kollege Bunte darauf hin, daß die hiesigen Fabri-  
kanten beschlossen haben, alle nach dem 15. Februar ent-  
lassenen Arbeiter nicht wieder einzustellen, sondern nur aus-  
wärtige Arbeiter zu beschäftigen. Er bezeichnete ein solches  
Vorgehen als eine Auspörrung der hiesigen, besonders der  
organisirten, Arbeiter. Der Verwaltungsbeamte des städtischen  
Arbeits-Nachweises hatte einigen Kollegen auch gesagt, daß  
die hiesigen Arbeiter keine Aussicht hätten, in Giesefeld Ar-  
beit zu bekommen. Er stellte zwar einem Kollegen einen  
Schein zu Dürkopp aus, derselbe wurde aber dort abge-  
wiesen, woraus hervorgeht, daß die Firma beim Arbeits-  
Nachweis Arbeiter sucht, aber keine hiesigen einstellen will.  
Die Streikenden der Firma Lepper u. Osterwald hatten den  
Verwaltungsbeamten ersucht, die Arbeiter auf den Streik  
aufmerksam zu machen, worüber dieser sich beleidigt fühlte  
und erklärte, selbst zu wissen, was er zu thun habe. Es  
ist der Firma Lepper u. Osterwald auch mit Hilfe des Ar-  
beits-Nachweises gelungen, die Streikenden in fünf Stunden  
zu erjagen. Sämtliche Redner waren darüber einig, daß  
ein solcher Arbeits-Nachweis für die Gieselfelder Arbeiter  
nutzlos, ja sogar schädlich sei. Es beschloß daher die Ver-  
sammlung, einen eigenen Arbeits-Nachweis zu gründen.  
Beim 4. Punkt wurden verschiedene Kollegen mit dem Ein-  
sammeln der Beiträge betraut, auch erklärte sich Kollege  
Bunte bereit, in seiner Wohnung (Heeperstr. 48) jederzeit  
Beiträge entgegenzunehmen. Unter Verschiedenem kam der  
Streik bei der Firma Lepper u. Osterwald zur Verhand-  
lung. Die Ursache desselben ist folgende: Die dort be-  
schäftigten Hilfsarbeiter sahen sich in Folge des unzureichen-  
den Stundenlohnes von 22 J veranlaßt, eine Lohnhöhung  
zu fordern, worauf sich die dort beschäftigten Schlosser, welche  
auch allen Grund hatten, mit ihrem Stundenlohn von 32 J  
unzufrieden zu sein, der Bewegung anschlossen. Es wurden  
Herrn Lepper folgende Forderungen vorgelegt: 1) 25 Pro-  
zent Lohnhöhung, 2) den Arbeitsraum in gesundheits-  
mäßigem Zustande herzustellen, 3) Maßregelungen nicht  
statfinden zu lassen. Anstatt mit den Arbeitern zu ver-  
handeln, hatte Herr Lepper nichts eiligeres zu thun, als  
denselben, den er für den angebllichen Aufwiegler hielt,  
auf's Pflaster zu werfen, worauf sämtliche Arbeiter die  
Arbeit niederlegten. Bei der Lohnauszahlung am Donnerstag

find einigen Arbeitern 15 Mk, 20 Mk und darüber zu wenig ausbezahlt worden, auch hat Herr Lepper sich erlaubt die 3 Tage vom Lohnschuß bis zum Donnerstag einzubehalten, um sie erst über 14 Tage auszubezahlen, so daß den Arbeitern nichts anderes übrig blieb, als ihre Ansprüche beim Gewerbegericht geltend zu machen. Die dort beschäftigten Hilfsarbeiter, ca. 15, gehören keiner gewerkschaftlichen Organisation an, dieselben sind bis vor Kurzem in der Zieglerbranche beschäftigt gewesen. Dagegen sind von den fünf Schloßern vier organisiert. Es wird den Kollegen gewiß interessant sein zu erfahren, wie der Arbeitsraum genannter Firma beschaffen ist. Derselbe ist 2 1/2 Meter hoch und läuft an beiden Seiten schräg zu. In demselben befindet sich ein Luftröhren und einige Feltschmieden, so daß ein solcher Dunst darin herrscht, daß die Gesundheit der Arbeiter im höchsten Grade gefährdet ist. Wie oben erwähnt, ist es Herr Lepper durch den städtischen Arbeitsnachweis gelungen, Arbeitswillige anzuwerben, um den Streik zu gewinnen. Kollege Bunte rügte, daß bei der Firma Hengstenberg, seitdem der Herr Gewerbeinspektor dagesewen, der Ventilator in der Schleiße zwar einen Tag gelaufen ist, jetzt aber wieder still liegt. Hierauf theilte der Vorsitzende noch mit, daß bei der Firma Hengstenberg in den letzten Tagen wiederum Abzüge gemacht worden sind und zwar von 1,50 Mk auf 75 J, von 75 auf 50 J, von 1,50 Mk auf 1 Mk, von 1 J auf 1/2 J, von 20 auf 15 J. — Wir erjuchen die Kollegen aller Orte, Bielefeld bis auf Weiteres zu meiden, besonders den städtischen „Hauptarbeitsnachweis“ in der Bahnhofsstraße neben der Herberge zur Heimath nicht zu benutzen, da wir jetzt einen eigenen Arbeitsnachweis gründen, worüber wir den Kollegen die näheren Mittheilungen bald zugehen lassen werden.

**Crimmitschau.** Am 10. März ist in der „Crimmitschauer Maschinenfabrik“ ein Streik ausgebrochen. In den Ausstand getreten sind 132 Mann, darunter Dreher, Schloffer, Schmiede und Hobler; 59 Mann arbeiten weiter. Die Forderungen der Ausständigen sind: 1) 15 Prozent Lohnerhöhung, 2) 10 J Zuschlag für jede Ueberstunde, 3) 10stündige Arbeitszeit, 4) 5 Minuten Wartezeit vor den Pausen (Mittags und Abends), 5) Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, 6) feste Arbeitspreise, 7) bei Eintritt einer schlechten Geschäftslage dürfen keine Entlassungen stattfinden, sondern muß eine Beschränkung der Arbeitszeit eintreten.

**Stenach.** Am 27. Februar hatten hier die Hirsch-Dunder'schen eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, in welcher der Generalrat Klein aus Berlin über die sozialen Aufgaben der Berufs- und Gewerksvereine sprechen sollte. Die Versammlung, von über 400 Personen besucht, konnte leider nicht in die Verhandlungen eintreten, weil — man höre und staune — der Einberufer, trotz eingelaufenen Auftrages, eine Bureauwahl vorzunehmen, erklärte: darauf sich nicht einzulassen, weil es eine Vereinsversammlung sei und keine öffentliche. Herr Klein erklärte: ja, die Hirsch-Dunder'sche wollten sich nicht „vergewaltigen“ lassen, sie nähmen aus „Prinzip“ keine Bureauwahl vor und wenn die Versammlung darauf bestände, würde er überhaupt nicht sprechen; gewiß ein schönes Zeugniß von Muth. Die Versammlung war und blieb nun bei der Meinung, daß eine Bureauwahl im Interesse einer gerechten unparteiischen Geschäftsführung nothwendig sei; unserem anwesenden Kollegen Schlegel-Berlin gelang es in einer ca. 1/2stündigen Geschäftsordnungsdebatte die Praktiken der Hirsche in gebührender Weise zu kennzeichnen; u. A. führte er aus, daß, wenn schon aus „Prinzip“ von diesen Herren solche unparlamentarische Handlungen begangen werden, es mit den „anderen“ Prinzipien der Leute traurig bestellt sein müsse, und wenn Herr Klein sich nicht „vergewaltigen“ lassen wolle, was ja doch gar nicht geschehen sollte, so möge er doch nicht etwa glauben, daß die Versammlung sich von ihm werde vergewaltigen lassen, denn es sei in der That eine Vergewaltigung der Anwesenden, wenn dem allseitigen Verlangen, ein Bureau zu wählen, nicht stattgegeben würde. Und wenn nun gar in dem ausbelegten Flugblatt gesagt wird, es solle die Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts angeschaut werden, wie vereinbare sich das wohl damit, wenn man hier den Versammelten das ihnen zustehende Recht auf diese Weise beschneidet? Kollege Schlegel erklärte den Zweck und die Bedeutung unseres Verbandes während der Debatte sehr geschickt, so daß der Erfolg nicht ausblieb. Dem nachdem durch Versammlungsleiter und indem der Einberufer drohte, eventuell von jenem Hausrecht als Miether des Lokals Gebrauch zu machen, der Saal geräumt wurde, ließen sich ca. 40 Kollegen in den Verband aufnehmen. Den im Saal verbleibenden 30 Männern erzählte der Herr Klein dann noch, daß Montag in Gartrudoda eine Versammlung stattfinden und sie sollten sich zahlreich betheiligen und wenn da von uns welche herankommen, dann würde es „Gänge“ geben!! — Im Uebrigen, Kollegen Stenachs, gilt es jetzt, diesen Erfolg voll auszunutzen und fleißig für die Organisation zu arbeiten.

**Freiburg i. S.** Am 6. März fand unsere regelmäßige Versammlung statt, an welcher sich die Mitglieder der hiesigen Sektion der Fahrradarbeiter äußerst zahlreich betheiligten. Bei „Agitation“ waren die Redner darin einig, daß die Agitation etwas mehr entfaltet werden müsse, als bisher. Es wurde auch erörtert, ob es nicht angebracht wäre, den Hauptvorstand zu veranlassen, wieder eine Agitationstour für Süddeutschland zu arrangiren. In der Anfrage der Karlsruher Kollegen wegen einer Konferenz wurde bejehrend zu antworten, und etwaige Anträge bei der nächsten kombirten Versammlung zu beantragen. Hierauf hielt Schriftführer Demmler aus Hirsch einen Vortrag über die Entzweiung der Braun- und Eisenbahnarbeiter, welcher von erst wünschenswerthen Seite durchwegs und durch die vollständige Vortragweise des Redners Jedermann verständlich war. Zu bedenken ist nur, daß viele Mitglieder der allgemeinen Verwaltungsjurie mit Unwissenheit glänzen, während sie dort, wo für die Prinzipale Ortspolke reservirt sind, anzutreffen sind. Kollegen, es ist höchste Zeit, daß wir uns, so lange noch die Geschäftsfrage eine für uns günstige ist, ermannern; wenn wir jetzt nicht zur Einsicht kommen, später, wenn die Krise einmal da, ist es zu spät.

**Hamburg.** D. M. - S. Versammlung am 2. März bei Fraß. Kollege Weigert führt aus, daß unter den Hamburger Metallarbeitern eine größere Agitation als bisher entfaltet werden müsse und schlägt dazu zwei Wege vor:

1) Abreisen von Metallarbeitern aus dem Urdrehschäch zu schreiben und baselöst mittels Flugblattes zu agitiren; 2) die Werksstättenagitation durch Wahl von Werksstättendelegirten. In der lebhaften Debatte wird von verschiedenen Rednern beantragt, eine Kommission zu wählen, welche ein Flugblatt auszuarbeiten und die Sache in die Hand nehmen soll. Es wird hierauf eine achtgliedrige Kommission gewählt, auch der Antrag, in den einzelnen Werksstätten Delegirte zu wählen, angenommen. Dann erhaltete Schulz eingehend Bericht über den Geschäftsgang seit dem 1. Januar, an welchem Tage der Zusammenschluß der Sektionen stattfand. Es ginge mit der neuen Verwaltung ganz gut. Einzelne Klagen würden bald verschwinden. Hierauf wird den Vorstandsmitgliedern auf Antrag der Ortsverwaltung 50 J für jede Vorstandssitzung, den Beisitzern in den Vorortszweigen bei Sitzungen innerhalb derselben 30 J bewilligt. Dem Hauptkassirer wird ein Monatslohn von 3 Mk pro Monat, den Vertrauensleuten, welche zugleich Distriktskassirer sind, ein solches von 20 Mk pro Quartal bewilligt. Dasselbe soll je nach Anzahl der Bezirkskassirer unter sie vertheilt werden. Ferner soll den auswärtigen Wohnenden das Jahrgeld vergütet werden. Als Revisor wird Lorenz gewählt. Die Abrechnung vom kombirten Winterbergaugen ergibt eine Einnahme von 290,70 Mk, eine Ausgabe von 169,35 Mk. Siebert führt an, daß bei ihm sich Mitglieder beschwert haben, daß die Experimentalvorträge mit 50 J zu theuer gewesen wären; dieselben hätten billiger oder unentgeltlich stattfinden sollen. Dies wird von verschiedenen Rednern widerlegt und der Wunsch ausgesprochen, derartige Vorträge recht bald wieder stattfinden zu lassen.

**Heiligenhaus.** In der letzten Mitgliederversammlung in Heilbert wurde für Heiligenhaus eine eigene Verwaltungsstelle gegründet und folgende Kollegen in die Verwaltung gewählt: Arnold Dörrenburg, Hauptstr. 21, als Bevollm.; Karl Jeners, Hauptstr. 239, als Kassirer; Aug. Lange, Jul. Spieker und Joh. Feilmann als Revisoren.

**Hörde i. W.** Am 27. Februar fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Ueber „Industria, Verschärfungs-Aktiengesellschaft gegen Verluste durch Arbeitseinstellung und das freie Koalitionsrecht der Arbeiter“ referirte Kollege Bunte-Bielefeld. Redner legte klar, weshalb genannte Gesellschaft sich gegründet und daß die Mitglieder derselben schwerlich eine Ahnung davon haben, wie einem Arbeiter zu Muth ist, der täglich nur 2-3 Mk verdient und dadurch veranlaßt wird, in einen Streik einzutreten, welchen die „Industria“ bekämpfen müß. Es sei aber auch darauf abgesehen, die Organisation der Arbeiter zu zerstören. Das dürfte den Herren jedoch nicht glücken, sobald sich die Metallarbeiter in Massen organisiren und dadurch den Fabrikanten zeigen, daß sie ihr Recht auszunutzen verstehen. Sodann weist Redner beim Thema Koalitionsrecht der Arbeiter nach, daß es absolut unnöthig ist, dagegen vorzugehen und es durch geheime Erlasse zu verschleiern zu suchen, da es schon schlecht genug ist. Diskussion fand nicht statt, Gegner schienen nicht anwesend zu sein, trotzdem wir sie gerne gesehen hätten. Sodann führte Kollege Bunte im Schlußwort durch gerichtliche Erkenntnisse den Nachweis, wie heute die Urtheile so verschieden ausfallen in Bezug auf den § 153 der Gewerbeordnung und forderte die Versammelten auf, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. — Als Delegirte zum Gewerkschaftsartell wurden Wiebe und Hübler gewählt. Im „Verbindenem“ führte Redner, Bezug nehmend auf die Eingangsworte des Referenten aus, daß, wenn der Besatz der Versammlung auch ein schwacher sei (80 Mann), so können wir organisirten Metallarbeiter Hörde's hoch zufrieden sein, da jetzt ca. 30 organisiert sind und 10 Mann sich aufnehmen lassen. Mehrere Kollegen betonen noch, daß jeder Metallarbeiter zur Organisation verpflichtet ist auf Grund der bestehenden traurigen Verhältnisse in unserem Beruf, wo unter Anderem 12, 14, 16 Stunden und noch darüber gearbeitet werde. Auch die Art der Kontrolle der Hütte am Sonntage durch den Fabrikinspektor wurde scharf getadelt. Jeder sei verpflichtet, sich der Organisation anzuschließen und mit Muth, Ausdauer und Zähigkeit dem Verband treu zu bleiben. Zum Schluß eröfnete sich darüber eine Debatte, wie es kommt, daß unter den organisirten Hörde's kein Farnet ist; es soll versucht werden, dieselben zu einer Sektion heranzuziehen. Auf Grund dessen wollten die Organisirten mit den Farnern am 4. März zusammenkommen, was auch publizirt war; wir müssen aber leider konstatiren, daß sich kein einziger Farnet eingepandert hatte. Daraus können wir nur ersehen, wie es die Farnern hier in Hörde mit der Wahrung ihrer Rechte nehmen; allerdings: viel besser machen es die anderen Metallarbeiter auch nicht, sie sind nachlässig mit ihrer Organisation.

**Halk.** Da sich in der hiesigen Metallindustrie eine Bewegung zu Gunsten des Feiertages bemerkbar macht, auch schon Forderungen gestellt sind, erjuchen wir, Bezug von Metallarbeitern aller Berufe nach hier fernzuhalten.

**Hirsch, 14. März.** In der Fahrradfabrik „Fresa“ ist heute von 115 Arbeitern (Schloffer, Dreher, Monteure) und 5 Meistern die Arbeit eingestellt worden. Der Bezug ist strengstens fernzuhalten. Bericht folgt.

**Homburg.** Am 20. Februar fand hier eine von unserer Seite einberufene, öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, zu der unsere Gegner, die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner, eingeladen und auch zahlreich erschienen waren. Das Referat: „Graf Posadowsky, das Koalitionsrecht, die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner und der Torgelower Streik“ hatte an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kollegen Hehlrad der Kollege Lind aus Berlin übernommen. Die Hirsch-Dunder'schen hatten, gewissermaßen als Korreferenten, das Generalratsmitglied Habeltzed als Berlin Kommer lassen. Ueberhaupt ging die Haltung der Gewerksvereiner darauf hinaus, sich der Leitung der Versammlung zu bemächtigen, was aus der Parteimahl ersichtlich war. Auf den von unserer Seite ausgemachten Vorschlag forderte die Hirsche einen Segen für ein, der aber mit 53 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde. Nicht neben Kollege Lind das Wort. In längerem Aufspinnungen schildert er, wie in den letzten Jahren den Arbeitern das durch Gesetz gewährte Koalitionsrecht durch schärfere Handhabung der Vereinsgesetze und durch Hinzuziehung des großen Unjugparagrafen illusorisch gemacht wird, daß gegen

Arbeiter mit der größten Härte vorgegangen wird, wenn sie die gesetzlichen Schutzbestimmungen verletzen, dagegen grobe Verstöße von Seiten der Unternehmer mit einer auffallenden Milde geahndet werden. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den letzten Jahren veranlaßt, verlangten auch die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung, die aber in den meisten Fällen erst durch Arbeitsniederlegung herbeigeführt werden konnte. Dies war die Ursache, weshalb die Unternehmer schärfere Strafbestimmungen von der Gesetzgebung gegen die Arbeiter angewendet wissen wollten. Wie die Regierung dieser Aufforderung bereitwillig entgegenkam, zeigt der Posadowsky'sche Erlaß vom 11. Dezember 1897. Redner unterzieht denselben einer eingehenden Kritik. Man sagt, die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften sind Streikvereine, dagegen sind die Gewerksvereine Hirsch-Dunder'scher Richtung ein angenehmer. Redner geht zu dem Zustand der Torgelower Metallarbeiter über, schildert an der Hand beglaubigter Abschriften des dortigen als Schiedsgericht angerufenen Gewerbegerichts die Entziehung und den Verlauf des Ausstandes, hebt die klägliche Rolle hervor, welche die dortigen Gewerksvereiner während der Streikbewegung spielten, daß sie, als der Streik solche Form annahm, daß wir um die Erhaltung unserer Organisation stritten, uns in den Rücken fielen. Redner wendet sich gegen die Gewerksvereiner, indem er hervorhebt, daß sie die Interessen der Unternehmer fördern helfen. Eine Organisation, die sich von Unternehmern Moral predigen läßt und an eine bestehende Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glaubt, ist keine Organisation für Arbeiter, sondern eine solche, um den Klassencharakter zu verwischen. In unseren Organisationen werden keine Streikbrecher groß gezogen. Redner sagt zum Schluß: Mag Graf Posadowsky seinen geheimen Erlaß in die Welt schändern, das Sozialistengesetz, der Puttkamer'sche Streik-erlaß waren nicht im Stande, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu zerstören. Ruhm Sie nicht eher, bis Alle der Metallbranche Angehörigen dieses Ortes in dem Metallarbeiter-Verband untergebracht sind, dann wird auch der Posadowsky'sche Erlaß wirkungslos bleiben. — Hierüber entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen uns und den Gegnern kam. Als Erster ergriff Generalratsmitglied Habeltzed das Wort, der sich über den „Terrorismus“ beklagte, der von unserer Seite auf ihre Anhänger ausgeübt würde. Es wäre ein unerträgliches Verhältniß, mit unseren Kollegen in einer Werkstatt zusammenzuarbeiten. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Referenten betreffs des Torgelower Streiks. Solche Szenen, wie sie dort sich zugezogen haben, werden noch öfters vorkommen. Ihre Anhänger konnten mit uns keine gemeinschaftliche Sache machen, wir hätten gegen sie „gehakt“, der Gewerbeverein der Maschinenbauer hätte auf dem Spiele gestanden. Daß die Arbeiter unterschreiben sollten, aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten und in den Hirsch-Dunder'schen Verein eintreten, beruhte nicht auf Wahrheit. Die Fabrikanten waren in ihrem Recht, weil die Arbeiter kontraktbrüchig geworden waren, sie haben nicht gekündigt, wir rathen stets, daß vorher gekündigt wird, sie vergeben ihr Recht, wenn sie die Arbeit niederlegen, der Fabrikant hat das Recht, sie zur Strafe zu zügel. Wir sind diejenigen, die Alles aufbieten, Alles im Guten in's rechte Fahrwasser zu bringen. Was sind wir Arbeiter ohne Arbeitgeber? Zum Schluß hebt er noch die Vorzüge der Gewerksvereine hervor, daß sie 33.000 Mitglieder und wohlgefüllte Kassen besäßen, daß sie Bildung unter ihre Mitglieder bringen, aber keinen zum Todtschläger erzögen. Alsdann nahm als zweiter Gegner ein Herr Hoffbach das Wort, der mit erhobener Stimme ausrief: „Ich spreche die prophetischen Worte aus, daß Sie noch eines Tages zu uns herüberkommen werden.“ Das beschränkte Auffassungsbemühen eines Herrn Lehmann kam darin zum Ausdruck, daß er die moderne Arbeiterbewegung mit einem neu gekauften Ueberzieher verglich, der aber nach 3 Jahren wieder unmodern wäre. Wir wären in einer fortwährenden Mauerung begriffen, indem wir uns dem Standpunkt der Hirsch-Dunder'schen näherten. Ferner führte er einen Fall an, wo die zielbewußten Metallarbeiter den Hirsch-Dunder'schen in den Rücken gefallen wären. Der Ortsverein der Klempner in Nürnberg wollte eine Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Mittagspause herbeiführen und traten deshalb in den Streik. Die Anhänger des Metallarbeiter-Verbandes erklärten aber gegenüber dem Fabrikanten, daß sie unter den alten Bedingungen weiter arbeiten wollten. Auf diesen Fall näher eingehend, nahm von unserer Seite Kollege Wagner das Wort, der das Lügenhafte des angelegenen Falles nachwies. Mehrere Jahre in Nürnberg beschäftigt gewesen, hatte er der damaligen Versammlung, wo der in Frage stehende Fall erörtert wurde, persönlich mit beigewohnt, und daß die unfauberen Machinationen der Hirsch-Dunder'schen eine solche Erregung unter den Versammlungsbesuchern hervorgerufen hatte, daß die Hirsche gezwungen waren, schließlich die Versammlung zu verlassen. Nachdem er noch die Art und Weise beleuchtete, mit der unsere Gegner an hiesigen Orte gegen uns arbeiten, erhält der Referent das Schlußwort, in dem er den Gewerksvereiner eine gründliche Rechtfertigung betreffs ihres Verhaltens, dem Torgelower Streik gegenüber, zu Theil werden läßt. Wir verlangen Solidarität und die haben Sie nicht gezeigt. Er schließt mit den Worten: „Auf unserer Seite liegt das Klassenbewußtsein, auf jener Seite aber die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.“ Nach vierstündiger Dauer wurde die Versammlung geschlossen. — Zum Schluß sei bemerkt, daß wir mit dem Erfolg unserer seit November 1897 im Leben gerufenen Verwaltschaftsstelle zufrieden sein können. Wir haben es während dieser kurzen Zeit, trotz aller Machinationen und selbst Denunziationen im Arbeitsverhältniß von Seiten der Gegner auf 40 Mitglieder gebracht. Die Hirsch-Dunder'schen merken, daß ihnen der Boden unter den Füßen wankt. Sie haben schon seit Bestehen unserer Verwaltung am hiesigen Orte stark an Mitgliedern eingebüßt. Wir werden weiter fortfahren, unsere Arbeitskollegen zum Bewußtsein ihrer Lage zu bringen, damit sie erkennen lernen, wer ihre wirklichen Interessen vertritt.

**Strasbourg i. E.** Am 6. März fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in der „Stadt Weg“ statt. Referent J. Weismann aus Stuttgart sprach über das Thema: „Die Handwerkerorganisation und ihre Bedeutung

für die Arbeiterschaft." Redner führte uns die Bildungen der Organisationen von den frühesten Zeiten bis auf die zur Jetztzeit bestehenden Verbände vor, wobei er die Mitgliederzahl 1893 auf 30,000 und heute von 68-70,000 im Vergleich zu 400,000 organisierten Arbeitern in's Auge faßte. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Zeißel und Jabla dahin aus, daß wir uns fest zusammenschließen müssen, um auch bei den bevorstehenden kritischen Zeiten vereint vorgehen zu können. Die Arbeiter bei den Schloßern, Installateuren und Spenglermeistern seien nicht genug zu tadeln, da sie dem Verbands noch fern stehen. Darauf wurde folgende Resolution verlesen, welche von der Versammlung angenommen wurde: "Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung glaubt sich einig, daß auch die Arbeiter bei den Schloßern, Spenglern und Installateuren sich organisieren und diesen Handwerkermeistern zeigen müssen, daß sie an den Wahlen zu Handwerkerkammern, sowie Ausschüssen sich mit Nachdruck beteiligen werden."

**Zinnleger.**

**München.** Am 28. Februar hielt die Sektion der Zinnleger ihre Monatsversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Auch förderte die Versammlung manches Interessante zu Tage. Nach einer Erläuterung des Themas: "Die Stellung der Organisation zur Hilfsarbeiterfrage in unserer Branche" wurde zum 2. Punkt übergegangen, wobei Kollege F. Schiller als Mitglied zur Agitationskommission für Südbayern aus der Wahl hervorging. Unter "Verschiedenem" wurde die Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Werkstätte M. Pauson angeregt; die Ansicht der verschiedenen Redner ging dahin, daß in nächster Zeit auch in dieser Bude die 48stündige Arbeitszeit durchgeführt werden soll. Nachdem es die einzige Werkstätte ist, in welcher Tagelohn eingeführt ist, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir vor die Alternative gestellt werden, mit dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zugleich auch einen Lohnkampf zu bestehen. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts, von diesem Motiv zu nehmen und bei eventuellem Besuch von Arbeitskräften die Konsequenz zu ziehen.

**Feilenhauer.**

**Breslau.** Am 27. Februar fand hier eine öffentliche Feilenarbeiterversammlung statt, in welcher Gen. Stordige über die "Macht der Organisation" referierte. Diese Macht wurde durch einen hier vorgekommenen Fall bewiesen. Wir hatten vor Kurzem einen Arbeitsnachweis gegründet, welchen die Meister umgehen wollten, allen voran Meister Willens. Als nun ein Kollege, ohne den Arbeitsnachweis zu beanspruchen, dort zu arbeiten anfang, legten alle dort arbeitenden Kollegen die Arbeit nieder, mit der Bemerkung, nur mit solchen Kollegen zu arbeiten, welche von unserem Arbeitsnachweis kommen. Einer solchen Thatsache gegenüber sah sich der Meister genötigt, den betreffenden Kollegen zu entlassen, 2 Stunden weniger Arbeitszeit die Woche zu bewilligen und den Arbeitsnachweis anzuerkennen. — Bei "Verschiedenem" kam die in voriger Versammlung angeregte Lohnstatistik zur Sprache. Darnach wurden hier verdient 8-21 M bei 60stündiger Arbeitszeit, sodann 17-28 M bei 68stündiger Arbeitszeit. Hier sind jedoch nur große Feilen zu hauen. Stundenlohn wird 25-28 J gezahlt. — Schließlich kam noch ein durch mangelhafte Schutzvorrichtungen hervorgerufener Unfall zur Sprache. Dem Verunglückten ließ der Meister (Willens) ein altes Weib zum Einrenken der Gliedmaßen holen, vergaß aber, den Vorfall bei der Behörde zu melden. Wegen dieses Falles wird beim Gewerbeinspektor Beschwerde erhoben werden. — Arbeitsnachweis bei Fischer, Alexanderstr. 27.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**

(G. S. 29, Hamburg).

**Abrechnung der Hauptkasse pro Februar 1898.**

Einnahme. Kassenbestand vom Januar M 828,562,65. Von Alfeld M 50. Altendorf 1 300. Ansbach 200. Arnstadt 50. Bamberg 100. Barmen 200. Bayreuth 50. Bergedorf 200. Bergen l. B. 100. Berlin l. 400. Berlin II 800. Berlin VI 800. Bischheim 150. Bodenheim 400. Bremerhaven 80. Bruchhausen 200. Budau 400. Bulach-Beiertheim 150. Cannstatt 300. Sölu-Arnolds-höhe 52,80. Dahl a. d. B. 50. Darmstadt 100. Dessau 200. Deuben 300. Dietrichsdorf 200. Doos 100. Döpp-Grünwald 200. Dresden-Alttadt 600. Dresden-Neustadt 400. Ehrenfeld 100. Elpe 300. Elbing 100. Eßen a. R. 400. Eßlingen 100. Faurndau 100. Feggenheim 150. Fleisburg 250. Frankenthal 150. Freising 100. Fröndenberg 50. Fürstenwalde 150. Gaggenau 100. Gersheim 175. Gießen 100. Grödingen 100. Gsteinach 100. Hagsfeld 100. Halberstadt 100. Halle a. S. 400. Hamburg-St. Georg 100. Hameln 62,50. Harburg 100. Hebernheim 100. Heilberg 100. Hilden 100. Höchst a. M. 150. Kaiserlautern 150. Königshofen 100. Landsberg a. W. 80. Laufach 100. Limmer 100. Linden 200. Löttau 200. Lollar 60. Mannheim 400. Mannheim-Neckar-Vorstadt 200. Meissen 100. Mittweida 118. Mörch bei Frankenthal 100. Mühlhausen l. Th. 250. Mühlheim a. W. 70. München 600. Neisse 60. Neumünster 40. Neue Neustadt-Plagdenburg 100. Niehl 50. Rommes-Neuendorf 100. Nürnberg 700. Oberlar 40. Offenburg l. B. 400. Pegnitz 50. Pleitenberg 80. Rabenau 100. Regensburg 200. Ruhrtort 100. Schmiedeberg 100. Schöneberg 100. Siegburg 120. Siegen l. 100. Siegen II 100. Sieghütte 100. Spandau 300. Sürth 120. Sudenburg 600. Tegel 150. Waldhüttelbrunn 50. Werbau 40. Wilhelmshaven 300. Wolfenbüttel 50. Zell 300. Beitrittsgeld von einzelnen Mitgliedern 2. Beiträge 498,60. Abgeordnetensteuer 33,20. Von der Reich. Verft in Kiel zurückbezahletes Krankengeld 39,17. Vergütung an Porto 20,73. Sonstige Einnahmen 2,32. Summa: M 847,607,97.

Ausgabe. Nach Altona M 25. Annweiler 150. Bayreuth 150. Berrath 150. Berlin IX 500. Bornheim 200. Breslau 300. Bunzlau 80. Düsseldorf 100. Eberstadt 40. Eßlingen 100. Eßer 300. Enkheim 50. Egenroth 30. Fulda 100. Gerresheim 150. Grafenberg 60. Hamburg-St. Pauli 100. Haspe 350. Hörbe 100. Ingolstadt 100. Klotzsche 80. Leße 100. Limburg 200. Lub-

wigshafen 250. Nierenfeld 100. Mainz 100. Mannheim-Bindenhof 850. Metz 50. Mörfenbroich 100. Neheim 100. Oberstein 100. Offenbach a. M. 200. Ostershelm 50. Ostersfeld 100. Radeberg 80. Rauberbader 50. Reichen-dorf 150. Rülldorf 60. Rüttenscheidt 250. Sachsenhausen 200. Schweidnitz 60. Schwefingen 50. Siegler 60. Spich 100. Staßfurt 100. Steele 50. Stolberg (Rheinland) 50. Uebigau 50. Uedermünde 50. Vörde 50. Waldbsee 100. Weisköfen-Ensen 50. Wöflingen 50. Kranfengelb an: G. Anshewst, Barnstorf 12,60. U. Böhnig, Ferne 19,80. E. Borgemeister, Dorsternmarl 9,90. E. Brüg, Bahr l. B. 25,20. W. Fröh, Urloffen 16,80. U. Gehrmann, Forst-hausen 4,95. J. Gudst, Jauer 12,60. J. Koss, Mörk a. Rh. 27,30. W. Koad, Helmstedt 12,50. R. Jarzem-bowski, Danzig 21,25. S. Sprengel, Tangermünde 15,20. S. Streffer, Lammesdorf 25,20. U. Wagener, Lünen 29,10. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 1265. 6150 Mitgliedsbücher gebunden 360,50. Ein großes Regal 115,58. Zwei Bücherbinder 25,50. Vierteljährliche Bureauimiete 225. Porto, Schreibmaterial usw. 315,01. Mantelgeld des Haupt-kassiers 10. Gerichts- und Anwaltskosten 34,14. Deponirt beim Amtsgericht Hamburg 50. Summa: M 9150,13.

Bilance.  
Einnahme M 847,607,97  
Ausgabe " 9,150,13  
Kassenbestand M 838,457,84  
E. Gutentuth, Hauptkassier.

**Kassel.** Am 6. März fand im Lokal des Herrn Fuhrn dahier eine Delegirtenversammlung der 19. Wahlabtheilung statt, die von folgenden Filialen besetzt war: Kassel, Betten-hausen, Fulda, Gießen, Harleshausen, Kirchditmold, Kollar, Oberzwehren, Petersberg, Rothenditmold und Wehlheiden. Auf der Tagesordnung stand: die bevorstehende Generalver-sammlung bezw. Anträge zu derselben. Zu § 9 wurde ein Abänderungsantrag, die Beitrittsgrenze vom 45. Jahre auf das 40. herabzusetzen, einstimmig angenommen. Zu Abf. 3 desselben § war der Antrag gestellt, denselben zu streichen, um die kleineren Filialen lebensfähiger zu machen, wurde jedoch nach eingehender Diskussion wieder zurückgezogen. Zu § 7 wird, entgegen dem Antrag des Vorstandes, der Antrag angenommen, in sämtlichen 4 Klassen den Beitrag um 5 J pro Woche herabzusetzen. Ein weiterer Antrag zu § 14 Abf. 2, das Sterbegeld nach 15jähriger Mitgliedschaft in allen Klassen um 50 Prozent zu erhöhen, fand gleichfalls einstimmige Annahme. Gegen den Antrag des Vorstandes zu § 10 Abf. 6 wurde sich sehr energisch ausgesprochen, da derselbe nur den Zweck verfolge, jede ärztliche Begutachtung auszuschließen und Alles in das Ermessen des Vorstandes zu stellen zu Ungunsten gerade am meisten leidender Mit-glieder. Vorstehende Anträge, sowie ein weiterer, die Abge-ordnetensteuer auf 20 J zu ermäßigen, sollen der General-versammlung unterbreitet werden und wurde allgemein die Hoffnung ausgesprochen, daß dieselben bei dem günstigen Stand der Kasse Annahme finden möchten. Ein Antrag der Filiale Rothenditmold, eine anderweitige Wahlkreiseinteilung vorzunehmen, damit die einzelnen Filialen öfters mündliche Aussprachen abhalten könnten, wurde abgelehnt.

**Siegen.** In der am 6. März abgehaltenen Mitglieder-versammlung der Filialen Siegen I und II und Biedorf sind folgende Anträge zur Generalversammlung gestellt worden:  
Beiträge: Krankengeld:  
1. Klasse 50 J " 2,30,  
2. " 40 J " 1,85,  
3. " 30 J " 1,40,  
4. " 20 J " 1,00,  
Sterbegeld nach 10jähriger Mitgliedschaft auf den zehnfachen Betrag der wöchentlichen Krankenunterstützung, also in 1. Kl. M 120, 2. Kl. " 100, 3. Kl. " 75, 4. Klasse M 50. Protestirt wurde gegen § 10, Abf. 6, wie derselbe vom Hauptvorstand gehandhabt wird, und den Kandidaten obiger Filialen, falls sie gewählt würden, gebundenes Mandat hierüber erteilt.

**Weissenburg a. S.** Die hiesige Filiale stellt zur Generalversammlung den Antrag zu § 7 und 9: daß die Beiträge die bisherigen bleiben und dafür die Unterstützungen erhöht werden und zwar: 1. Klasse M 14,50, 2. Kl. M 11,40, 3. Kl. M 8, 4. Kl. 5 M. Auf 500 Mitglieder soll ein Dele-girter gewählt werden; sollte das aber nicht angenommen werden, so soll die Abgeordnetensteuer erniedrigt werden. — § 7 Abf. 7 soll in der alten Fassung bleiben.

**An die Verwaltungsstellen in Brandenburg und Pommern!**

Werthe Kollegen!

Auf Grund der eingelaufenen Fragebogen ergibt sich folgendes Resultat:

Brandenburg, Rathenow (Allgemein), Rathenow (Pince-nezarbeiter), Rathenow (Sektion nicht genannt), Fürstewalde, Finsterwalde, Betshau, Forst, Stralsund, Wriezen, Lucken-walde, Potsdam, Landsberg, Müstau, Stettin (Zentrum), Prenzlau und Berlin haben sich für die Abhaltung einer Konferenz ausgesprochen, insgesamt 17 Verwaltungsstellen. Gegen eine Konferenz waren: Driesen, Eberswalde, Jüterbog, Stettin (Allgemein), Küstrin, Steglitz, Guben, Kottbus und Frankfurt a. O., zusammen 9 Verwaltungs-stellen.

Auf Grund dieses Resultats hat nun eine Konferenz stattzufinden. Wir berufen dieselbe ein auf

**Samstag, den 3. April 1898, Mittags 12 Uhr,**  
im Lokale von Feuerstein, Alte Jacobstr. 75, Berlin S.  
Die Wahl bitten wir in folgender Weise vorzunehmen:  
Jede Verwaltung von 1-500 Mitgliedern wählt einen Dele-girten, Verwaltungen über 500 Mitglieder 2 Delegirte. Um es auch den finanziell schwach gestellten Verwaltungen zu er-möglichen, einen Delegirten zu schicken, hat Berlin 250 M zu den Kosten der Konferenz bewilligt. Davon werden alle Verwaltungen unterstützt, die nicht in der Lage sind, auf eigene Kosten einen Delegirten schicken zu können.

Wir bitten nun, möglichst bald die Wahl der Delegirten vorzunehmen und die Adresse des gewählten Kollegen dem Unterzeichneten mitzutheilen. Die mitgeschickten Mandate bitten wir, auszufüllen, mit Stempel und Unterschrift zu versehen und dem Delegirten auszuhandigen. Das Mandat und Mitgliedsbuch dient dem Delegirten hier als Legitimation.

Die vorläufige Tagesordnung der Konferenz ist:

1. Regelung der Agitation in Brandenburg und Pommern.
2. Verschiedenes.

Wenn irgend möglich, bitten wir, mitzutheilen, mit welchem Zuge die Delegirten ankommen, um dieselben ab-holen zu können. Die hierzu auf den Bahnhöfen stationirten Kollegen tragen eine rote Rose.

Mit kollegialem Gruß

Die Kommission.

J. A.: Adolf Cohen, Berlin S., Briegerstr. 81, b. I.

**Aufruf zur Konferenz der Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und angrenzender Bezirke.**

Gemäß des Beschlusses der Meiner Konferenz findet die diesjährige Konferenz am 1. Osterfeiertag, **Vormittags 11 Uhr**, im Hotel zum "Pelikan" in Schöningen statt.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bericht und Abrechnung der Agitationskommission.
2. Unsere Agitation.
3. Berathung anderweitiger Anträge und Verschiedenes.

Die Mandate für die Delegirten werden den Verwalt-ungsstellen baldigt zugestellt und dürfen diese laut Beschluß bei 100 Mitgliedern 2 Delegirte und bei über 100 Mitglie-dern 3 Delegirte senden.

Mit kollegialem Gruß

Die Agitationskommission der Metallarbeiter Braunschweigs und angrenzender Bezirke.

J. A.: G. Hartmann, Königsitz 14, Braunschweig.

**Technisches.**

**Ein moderner Kesselpalast eines Königs.** Der König von Ungarn hat sich in Budapest einen Hofzug er-bauen lassen, der aus 7 Wagen besteht. Die Länge des sechsbändigen Salonwagens des Königs und des ebenfalls sechsbändigen Salonwagens der Königin beträgt zwischen den Puffern 18,71 Meter. Die beiden vierachsigen Salonwagen für die Begleitung und der vierachsige Speisewagen sind je 18,21 Meter lang, während der Wagen für die Bediensteten und der Dienstwagen je eine Länge von 12,61 Meter haben. Um selbst das geringste Geräusch der vierachsigen Wagen zu vermeiden, sind die Untergestelle aus Holz und Eisen herge-stellt und alle größeren Eisenträger mit Holzbeilagen ver-sehen.

Von der übrigen Ausführung des mit verschwen-de-rischem Lurus ausgestatteten Hofzuges seien hier (nach Ing.-Ztschft.) folgende interessante Details hervorgehoben. Das Laufwerk ruht in Drehstellen aus gepreßtem Stahl-blech von 10-13 Millimeter Stärke und 8 Millimeter starken Versteifungen. In der Mitte des Gestells ist in zwei ge-lenkigen Gehängen der untere Wiegenträger gelagert, dessen Enden doppelte Blattfedern auf Lagern von Stahlguß tragen. Auf diese Federn stützt sich ebenfalls mittels Stahlgußkörper der obere Wiegenträger, der mit Eichenholzbeilagen versehen ist. Der Wagenkasten ist auf dem oberen Wiegenträger in einer dreistufigen Drehpanne und 2 Schleifbäden aus Stahl-guß gelagert. Die Schleifbäden am Wagenkasten sind aus Stahlblech gepreßt. Die beiden Theile der Drehpanne werden durch einen 75 Millimeter starken schmiedeeisernen Bolzen zusammengehalten. In die 3 Stufen der Pfanne sind Bronzeringe zur Verringerung der Reibung eingezegt.

Die Drehgestelle der sechsbändigen Wagen sind ebenfalls aus gepreßtem Stahlblech. Die Stoßvorrichtung besteht aus Puffern, deren Stangen auf eine Quer-Blattfeder wirken; diese ist um einen Bolzen in wagerechtem Sinne beweglich, so daß die Pufferscheiben benachbarter Wagen sich auch in den Kurven stets berühren müssen. Die Achsbüchsen sind für den Obertheil aus Stahlguß und für den Untertheil aus Gußeisen gefertigt. Die Lagergehäusen bestehen aus Roth-metall mit Weizmetalleinguß und haben obere und untere Schmierung. Die schmiedeeisernen Stirnräder mit Doppel-speichen haben 1,20 Meter Auftrabdurchmesser. Die Längs-träger der vier- und sechsbändigen Wagen sind durch Spreng-werke an 2 Stellen unterstützt.

Die Gerippe der Wagenkasten sind durchweg aus Eichen-holz mit Ausnahme des Dachgerippes, das des geringeren Gewichtes wegen aus Kieferholz hergestellt wurde. Die Kastenheile sind durch aus Blech gepreßte Winkel verbunden. Wände und Dach sind innen und außen einfach verschalt, die Fußböden außen einfach und innen mit zwei gekreuzten Bretterlagen. Die Hohlräume sind mit getränkten Papier-schnitzeln ausgefüllt, die Dachhohlräume überdies des Wärmeschutzes wegen noch mit Asbestpappe. Das Wagen-dach ist sammt dem Aufbau mit feuerfesterer Leinwand ein-gedeckt. Die äußere Wagenwand ist mit geschliffenem Eisen-blech verkleidet, das zur Verhütung des Rostens innen mit Barchent behautet ist. Die Fußböden aller Wagen sind, um den Schall zu dämpfen, mit 4 Millimeter starken Blei-platten belegt, auf die ein Filz- und ein Korkbeleg ge-bracht sind. Sämtliche Wagen haben Doppelfenster.

Zur Heizung dient Dampf, und zwar kann jeder Heiz-körper sowohl im Innern des Wagens als auch von außen regulirt werden. In den Vorzugräumen sind unter den Heizkörpern im Fußboden verschließbare Öffnungen ange-bracht, durch welche die frische Luft, die Heizkörper um-spielend, vorgewärmt in das Wageninnere gelangt.

Der ganze Zug wird durch Glühlampen erleuchtet, die von Tudor-Sammlern gespeist werden und für eine Be-leuchtung von 40 Stunden ausreichen. Neben der elek-trischen ist eine Nothbeleuchtung durch Kerzen vorgesehen. Fast alle Wagen sind mit Westinghouse-, Hardy- und Spindel-bremsen ausgerüstet.

Der Wagen der Königin ist unter hauptsächlichster Ver-wendung von Mahagoniholz im Stil Louis XVI. ausge-stattet, alle anderen Wagen im Renaissance-Stil, wobei ungarisches Nuthholz vorherrscht; in den Vorzugräumen sind Füllungen mit eingelepten kostbaren Hölzern und Edelsteinen verwendet. Die herrschende Farbe im Königinwagen ist dunkelgrün, im Wagen der Königin Stahlblau. Der Speise-wagen zeigt braune Lederfüllung im Handhaupte. Der Salonwagen des Königs enthält einen Borräum, aus dem man zunächst in den Salon für den Generaladjutanten tritt; von diesem kann durch einen abnehmbaren Schutvorhang ein

Teil als Schlafraum abgetrennt werden. Durch eine Tapetentür gelangt man in das zugehörige Klosett. Vom Abzutankraum durch eine Thür getrennt ist der Salon des Königs, dessen Wände mit dunkelgrünem Tuch bespannt, Thüren, Deckenwölbungen und Möbeln in Nußholz reich geschmückt sind. In den Salon stößt der Schlafraum des Königs, der jenem ähnlich gehalten ist, mit anschließendem Klosett.

Der Salonwagen der Königin umfaßt einen Vorraum, den Salon, den Schlafraum, den Ankleideraum mit Klosett und einen Seitengang, der zwei Halbbahnen mit Schlaf-einrichtung für die Bedienung aufweist. Im Vorraum ist ein Klosett für die Bedienung vorhanden. Die Wände des Salons der Königin sind bis Fensterbrüstungshöhe getäfelte, darüber mit staubblauer Seide bezogen. Deckenwölbung und Decke sind mit gesticktem, lichtgelbem Seidenbarnast bespannt, die Möbel aus Mahagoni und Rosenholz mit Metall-einlagen hergestellt. Schlafraum und Ankleideraum sind in Licht- und staubblauer Seide gehalten. Die Küche ist mit einem herabklappbaren Gaskochherd ausgerüstet.

Der Speiseraum gliedert sich in Vorraum, Speisesaal und Rauchsaal. Der Speisesaal ist in Nußholz gehalten; die Zählung unterhalb der Fensterbrüstungshöhe sind geschmückt und eingelegt. Stimmwände und Deckenwölbungen sind mit Lederfüllungen versehen. Die Decke zeigt in reich geschmückten Nußholzrahmen 3 Delgemälde. Der Rauchsaal ist ähnlich ausgestattet. Die beiden Salonwagen für die Begleitung enthalten je einen Salon und eine Anzahl Halbbahnen mit Schlaf-einrichtung.

So reisen die Fürsten christlicher Staaten, während bekanntlich der Religionsstifter des Christentums den Brant der Mächtigen nicht genug verrückter konnte. Die große Menge des Volkes aber lebt unter so furchtbaren Verhältnissen, daß sie es beinahe als selbstverständlich betrachten, bei Benutzung der Eisenbahn in elenden Wagenkästen schlimmer als das Vieh zusammengepfercht zu werden.

Vermischtes.

Die Gründung eines allgemeinen englischen Gewerkschaftsbundes in die Wege zu leiten — diese Aufgabe war durch den letzten Trades-Union-Kongreß einem Komitee erteilt worden. Dieses Komitee erstattete dieser Tage in einer Sitzung, die das parlamentarische Komitee nach London einberufen hatte, demselben Bericht über seine Arbeiten. Das Komitee schlägt vor, daß sämtliche Gewerkschaften unter dem Namen „Generalverband der Gewerkschaften“ zu einem Bund zusammenzutreten. Der Zweck der Vereinigung soll sein: 1. Die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechtes, die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen in jeder Richtung und die Sicherung der gemeinsamen Aktion aller im Verbands vereinigten Arbeiter. 2. Den gewerblichen Frieden möglichst aufrecht zu erhalten durch Verhandlungen, Anrufung von Schiedsgerichten, Errichtung von ständigen Einigungsämtern. 3. Errichtung von Fonds zu Unterstützungszwecken und zur Erringung der oben bezeichneten Aufgaben. Das Komitee schlägt weiter vor, daß ein Generalkonvent, zu dem jeder Gewerkschaft je 2 Delegierte entsendet und ein Fünfzehner-Komitee (Geschäftsleitungs-Komitee), das aus dem Gewerkschaftsrat heraus gewählt wird, die Geschäfte des Bundes leitet. Im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung soll die betroffene Gewerkschaft durch den Bund nur dann unterstützt werden, wenn sie demselben mindestens 1 Jahr angehört. Als Eintrittsgeld werden 5 s pro Mitglied erhoben, als Beitrag sind zwei Klassen vorgesehen, und zwar je 25 und 50 s pro Mitglied und Quartal. Streikunterstützung wird nur gewährt, wenn vor Ausbruch desselben die Genehmigung des Generalkonvents oder des Komitees erteilt worden ist. Die Unterstützungssumme ist auf 5 bzw. 25 Schillinge pro Woche und Kopf der Ausperrten festgesetzt. Nachdem der Konvent 8 Wochen gedauert, hat das Komitee den Stand desselben zu untersuchen und kann, wenn es das für angezeigt oder nötig hält, die Unterstützung nach seiner bewilligen. Für den Fall von Konflikten zwischen Gewerkschaften, die im Bunde nicht vereinigt sind, steht der Entwurf zur Einigungs- und Schiedsamt vor. Die Vorschläge werden sämtlichen Gewerkschaften zur Begutachtung unterbreitet. Die Antworten müssen bis 4 Wochen vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß, der zu dieser Frage Stellung zu nehmen haben wird, eingelaufen sein.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-S. richten wir die dringende Bitte, daß möglichst nur solche Abreden oder Verträge für den Zeitungsbureau abgegeben zu werden, welche nicht zu vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der jetzt geübten Verwendung von Anzeigen würden stabile Adressen den Zeitungsbureau wesentlich erleichtern. Ferner erlauben wir, alle Änderungen so zeitig anzugeben, daß wir sie noch am Freitag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Verksammlungen.

- Wolde. Sonnabend, 19. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Kornhaus“.
Berlin. Mittwoch, 23. März, Abds. halb 9 Uhr, gemeinsame Bezirksversammlung für Godesb., Gieseb. und Zehlendorf im großen Saale der Armeehallen, Kommandantenstr. 20. — Dienstag, 22. März, Abds. halb 9 Uhr, Bezirksversammlung für den Osten in Zitzert's Salon, Anhalterstr. 21.
Berlin. Sonnabend, 26. März, Abends halb 9 Uhr, Betriebsmännerversammlung für den Osten.
Berlin. Sonnabend, 26. März, Vortrag. Wahl von Bezirksbeauftragten.

- Fork H. J. Sonnabend, 20. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Petzsch. Wahl eines Delegierten zur Provinzialkonferenz in Berlin. Anträge zu derselben.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 19. März, Abds. 9 Uhr, im „Grünen Wald“. Vortrag. Wahl eines 2. Kassiers.
Freilng. Sonntag, 27. März, Vorm. 10 Uhr. Wahl des Bevollmächtigten, eines Redaktors und Schriftführers.
Frankfurt-Sachsenheim. (Allg.) Dienstag, 22. März, Abends halb 9 Uhr, bei Jahn. — Die Karten zum Schauspielhaus werden Sonnabend, 19. März, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal verteilt.
Grenz i. H. Sonnabend, 19. März, bei Klants. — Bibliothekbücher sind zur Revision mitzubringen.
Görlitz. Montag, 28. März, Abds. 8 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstr. 51. — Die Mitgliedsbücher sind den Beitragsamtlern behufs Revision zu verabsolgen.
Hamburg-Horn. Sonnabend, 19. März, Abds. halb 9 Uhr, bei E. Mühs, Horner Landstr.
Hannover. (Allg.) Sonnabend, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, im Saale des „Ballhof“. Vortrag. Vereinsangelegenheiten.
Harburg. Sonnabend, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Völkhop. Wissenschaftlicher Vortrag. Bericht der Lokalkommission betr. Sommervergnügen.
Halk. Samstag, 19. März, Abds. 9 Uhr, bei Heuteshoven.
Karlsruhe. (Allg.) Wegen der Märzfeier, Sonntag, 20. März, Vorm. 10 Uhr, bei Kalsbach.
Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 19. März, Abds. 8 Uhr, in der „Eiche“, Augartenstr.
Kriegitz. Sonnabend, 26. März, im „Preussischen Hof“. Vortrag des Kollegen Schwarzger über: Die deutsche Revolution.
Ludwigshafen. Samstag, 19. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- u. Maxstr.
Mersburg. Sonnabend, 19. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Saaleschlösschen“.
Neumünster. Sonnabend, 26. März, Abds. 8 Uhr, bei Jöhl in Wellingdorf.
Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Fammerthal“.
Pforzheim. Samstag, 19. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Gold-Löwen“. Kartellbericht.
Paderborn. Sonntag, 20. März, Vorm. 11 Uhr, bei Herrn Sandermann auf Herbeck. Vortrag des Kollegen Seyfer-Dijelhoff über: Zweck und Nutzen des D. M.-S.
Rathenow. (Sektion der Brillen- und Pincenezarb.) Sonntag, 27. März, Abends halb 8 Uhr, bei E. Engel, Jägerstr. Wahl eines Delegierten zur Provinzialkonferenz.
Rathenow. (Sektion der opt. Einricht.) Sonnabend, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Rehschütz, Jägerstr. 14.
Straßburg i. E. Samstag, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Vogel.
Tetschau. Sonntag, 20. März, Nachm. 2 Uhr. Wahl eines Delegierten zur Provinzialkonferenz.
Weiskens a. S. Sonnabend, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, in der „Zentralhalle“. Dann alle 14 Tage.
Witten. Sonntag, 27. März, Nachm. halb 4 Uhr, bei H. Bödker am Bahnhof S. W. Wahl eines Vorstehenden.
Zirndorf. Montag, 21. März, Abends halb 8 Uhr. Vortrag: Der Sozialismus. Referent: Kollege Klumpner.

- Apolde. Adresse des Bevollmächtigten: Wilh. Osterloh, Feilenhauer, Apolde, Feilenberg 22/23.
Brandenburg a. H. Der Modellstecher Karl Kollhoff aus Halberstadt, S.-Nr. 241 299, wird ersucht, seine Adresse umgehend an den Bevollmächtigten, Hermann Weizer, Kleine Gartenstr. 34 I gelangen zu lassen.
Fork H. J. Der Schmied Gustav Schulz, geb. am 24. Oktober 1871 zu Koggenble, eingetr. am 30. Mai 1896 in Fork H. J., zuletzt in Sorau, wird ersucht, behufs Abrechnung seiner Adresse dem Bevollmächtigten anzugeben. Kollegen, welchen der Inhalt d. S. bekannt ist, werden um Mitteilung gebittet.
Görlitz. Adresse des Bevollmächtigten: Gustav Klein, Reuen-Gasse 15 II.
Grenz i. H. Der Schlosser Walter König, geb. am 13. Mai 1880, in Saalfeld, S.-Nr. 151 905, wird ersucht, seine Adresse nach hier einzulassen. Karl Berger, Detlefsstr., Seidemann's Villa.
Karlsruhe. (Alle Sektionen.) Sonntag, 20. März, Auszug nach Kallert, zwecks Gründung einer Zählstelle. Abfahrt von Hauptbahnhof 12 Uhr, 16 Min. Mittags.
Leipzig. Das Bureau der Metallarbeiter Leipzigs und Umgegend mit Ausnahme des Westens befindet sich im „Sänger Hof“, Bindmühlengasse, und ist täglich von 9—1 Uhr und von 4—8 Uhr, Sonntag von 12—1 Uhr geöffnet.
Leipzig. Adresse des Bevollmächtigten: Karl Köster, Neuer Weg 46, p. 2.
Magdeburg. Der Schimmacher Otto Aliregg, Buch-Nr. 185 700, wird aufgefordert, den 1. Band von „Fassalle's Werte“, sowie den Betrag von 10 verkauften Loosen der Weihnachtsfeier nach hier einzulassen. Um Mitteilung der Adresse A's wird gebittet.
München. (Sektion der Spengler.) Bezirkslokal und Arbeitsnachweis befinden sich jetzt „Reparation-Ritterhof“, Sonnenstr. 8. Arbeitsnachweis täglich von halb 8 bis halb 9 Uhr, Abends, Sonn- und Feiertags von 11—12 Uhr Mittags. Anzeigen täglich.
Schweinfurt. Der Schleifer Heinrich Walbaum, geb. am 27. Dezember 1878 zu Dellingshausen, S.-Nr. 141 570, wird, behufs Zuteilung seines Mitgliedsbuches um Angabe seiner Karte ersucht.
Frank Weichsel, Hammer, Zürich 9.
Straßburg i. E. Diejenigen Mitglieder, die von hier abgereist sind, ohne sich abzumelden, werden ersucht, dies umgehend zu besorgen. — Der Schlosser Walter Krenzler, geb. zu Pflanz am 20. Januar 1879, ist vermutlich in Karlsruhe, wird ersucht, seinen Verbleib gegen die hiesige Betriebsstelle nachzuweisen.
Weiskens. Der Dreher Karl Köhler, geb. am 14. März 2879 zu Auerbach, S.-Nr. 175 603, eingetr. am 1. Juni 1897 in Altona, wird aufgefordert, das Buch: Cordin's

„Pflaßenspiegel“ und die Broschüre „Jesus von Nazareth“ umgehend nach hier zu senden.

Gestorben.

Am 7. März in Meissen der Klempner Bruno Reil im Alter von 25 Jahren. — Am 7. März in Chemnitz der Schleifer Konrad Buchta im 37. Jahre an der Proletarierkrankheit. — Am 1. März in Mannheim der Dreher Georg Neher im Alter von 18 Jahren. — In Karlsruhe der Kollege Ludwig Maier im Alter von 32 Jahren an Lungenentzündung. — Am 13. März in Schwabach die Nadelarbeiterin Babette Gottlieb.

Freie Presse.

Höveln i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 26. März, Abends halb 9 Uhr, Versammlung in der Muldenterrasse.

Öffentliche Versammlungen.

- Zugsburg. Samstag, 26. März, Abds. 8 Uhr, im „Blauen Bod“ öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die wirtschaftliche Entwicklung und deren Wirkung auf die Lage der Arbeiter. Referent: Kollege Franz Schmitt-München. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsverein.
Zeitzheim-Gulach. Samstag, 19. März, Abends 8 Uhr, bei Westermann, öffentliche Versammlung. Die Gewerbevereine und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk.
Frankfurt a. M. Dienstag, 22. März, öffentliche Versammlung in der „Konfordia“, Gr. Hirschgraben 17. Vortrag des Herrn Ingenieurs Edelmann über: Das Kupfer. Die Lohnstatistik für Frankfurt a. M. von Herrn Dr. Stein. Wahl der Gewerbevereinsmitglieder.
Gera. Sonnabend, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Becker, Waldstr., öffentliche Klempnerversammlung. Vortrag. Referent: A. Bretschneider. Neuwahl des Kartellvertreters.
Leimbach. Es wird ersucht, für die demnächst stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung rege zu agitieren, damit ein zahlreicher Besuch erzielt wird.
Allg. Franken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
Altenburg. Sonnabend, 26. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Gold-Löwen“, Mitgliederversammlung. Kassiren der Beiträge. Abgeordnetenauswahl. Vorträge.
Braubach. Montag, 21. März, Abds. 8 Uhr, bei Saes, Alte Knochenhauerstraße 11, Mitgliederversammlung. Wahl von 2 Abgeordneten für die Generalversammlung in Mannheim. Beratung von Vorträgen. — Die Feststellung des Wahlergebnisses für die 13. Wahlabteilung findet am 11. April, Vormittags 11 Uhr, bei Saes, statt.

Privat-Anzeigen.

- Der Nadel Hermann Josse wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Philipp Ziegler, Edgar Wiegand, Sintergart-Dorfheim, Schwarzenbergstr. 67. [108]
Ein tüchtiger Feilenhauergeselle auf große Feilen findet dauernde Beschäftigung bei B. C. Hensel, Feilenhauermeister, Finsterwalde. [100]
Suche sofort einen tüchtigen Feilenhauergehilfen auf dauernde Arbeit. Louis Gottschalk, Feilenhauer, Orlamünde, S. A. [101]
Ein tüchtiger Feilenhauergehilfe wird zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Fr. Reitzner, Feilenhauermeister, Schwab. Gail. [102]
Gesucht auf sofort ein jüngerer Feilenhauer auf kleine Arbeit, besonders halbrunde und runde Feilen, von der Feilenfabrik G. Fuchs, Oestemünde. [103]
2 Feilenhauer erhalten dauernde Arbeit bei W. Mänken, Hagen i. W., Wilhelmstr. 32. [105]
3 tüchtige Feilenhauer sofort gesucht. Lohn nach Chemnitzer Tarif. [106]
Leits Spitzer, Feilenhauer, Chemnitz, Oststr. 33.
5-6 tüchtige Feilenhauer auf B- und S-Feilen bei gutem Akkord sucht (neue Werkstätte) W. Michel, Darmstadt. [108]
Verkehrslokal, Herberge und Arbeitsnachweis für Schmiede und verwandte Gewerbe in Berlin bei 99 J. Sahn, Stralauerstr. 48.
Einen Feilenhauergesellen, der etwas Schlichtfeilen übernimmt, sucht sofort auf dauernd B. Hellmuth, Feilenhauermeister, Eisleben. [104]
Aupferschmied, selbständiger Arbeiter, besonders gewandt im Hartlöthen, von chemischer Fabrik Süddeutschlands gesucht. Dauernder Posten. Off. unter F. E. G. an die Expedition. [96]

L. Acetylen-Fach-Ausstellung Berlin (am Stadtbahnhof Savigny-Platz) geöffnet von 1-11 Uhr Nachm. Vom 6. bis 20. März. [98]